



# Plenarprotokoll

## 104. Sitzung

Freitag, 11. Dezember 2020

### Landtag über die Verhandlungsposition der Landesregierung informieren.....

7934

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2649

Daniel Günther, Ministerpräsident.....	7934
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7937
Tobias Koch [CDU].....	7940
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7942
Christopher Vogt [FDP].....	7944
Lars Harms [SSW].....	7947
Jörg Nobis [AfD].....	7949

Beschluss: Der Berichts Antrag Drucksache 19/2649 hat durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden.....

7950

### Für Rechtsstaatlichkeit in der gesamten EU!.....

7950

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2626 (neu)

Regina Poersch [SPD].....	7951
Hartmut Hamerich [CDU].....	7952
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7953
Stephan Holowaty [FDP].....	7954
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	7955

Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos].....	7956, 7959	<b>Nord-Ostsee-Kanal als Schleswig-Holsteins maritime Lebensader stärken</b> .....	7968
Volker Schnurrbusch [AfD].....	7957	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	
Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz.....	7958, 7959	Drucksache 19/2548 (neu) - 2. Fassung	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7960	Beschluss: Annahme des Antrags	
Beschluss: Annahme des Antrags		Drucksache 19/2548 (neu) - 2. Fassung.....	7968
Drucksache 19/2626 (neu).....	7960		
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
<b>a) Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken</b> .....	7960	<b>Alarmstufe Rot - Veranstaltungsbranche retten</b> .....	7968
Antrag der Fraktion der SPD		Antrag der Fraktion der SPD	
Drucksache 19/2456		Drucksache 19/2382	
<b>b) In der Krise das soziale Europa stärken!</b> .....	7960	<b>Veranstaltungen verantwortungsvoll ermöglichen</b> .....	7968
Antrag der Fraktion der SPD		Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP	
Drucksache 19/2551		Drucksache 19/2453	
Beschluss: Überweisung der Anträge		Bericht und Beschlussempfehlung	
Drucksachen 19/2456 und		des Wirtschaftsausschusses	
19/2551 an den Europaausschuss...	7960	Drucksache 19/2613	
<b>Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen</b> .....	7960	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Bericht-erstatte	7968
Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags	
Drucksache 19/2610 (neu)		Drucksache 19/2382	
Stefan Weber [SPD].....	7961	2. Annahme des Antrags	
Hauke Göttisch [CDU].....	7962	Drucksache 19/2453.....	7968
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7962	<b>Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags</b> .....	7968
Annabell Krämer [FDP].....	7963, 7967	Drucksache 19/2640	
Lars Harms [SSW].....	7965	Beschluss: Annahme.....	7968
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung.....	7966		
Beschluss: Überweisung des Antrags		<b>Reden zu Protokoll</b>	
Drucksache 19/2610 (neu) federführend an den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7968	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
		<b>a) Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken</b> .....	7970

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2456

\* \* \* \*

**b) In der Krise das soziale Europa stärken!**.....

7970

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2551

Hartmut Hamerich [CDU].....

7970

Regina Poersch [SPD].....

7971

Eka von Kalben [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN].....

7972

Jette Waldinger-Thiering [SSW]....

7973

Volker Schnurrbusch [AfD].....

7974

**Nord-Ostsee-Kanal als Schleswig-Holsteins maritime Lebensader stärken**.....

7974

Antrag der Fraktionen von CDU,  
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2548 (neu) - 2. Fas-  
sung

Hartmut Hamerich [CDU].....

7974

Kai Vogel [SPD].....

7976

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN].....

7976

Oliver Kumbartzky [FDP].....

7977

Jette Waldinger-Thiering [SSW]....

7978

**Regierungsbank:**

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste  
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-  
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-  
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz,  
Europa und Verbraucherschutz

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für  
Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich-  
stellung

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-  
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-  
lisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,  
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

\* \* \* \*

**Beginn: 10:36 Uhr**

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

(Tumult auf und Zurufe von der Besuchertribüne)

- Ich glaube, wir sollten uns davon jetzt nicht ablenken lassen, denn das ist nur gewünscht.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Nach Mitteilung der Fraktionen sind erkrankt: aus der CDU-Fraktion der Abgeordnete Peter Lehnert, aus der SPD-Fraktion der Abgeordnete Martin Habersaat und die Abgeordnete Birgit Herdejürgen sowie aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Marlies Fritzen. In der Landesregierung ist Ministerin Prien erkrankt. - Wir wünschen alle gute Genesung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist von der Landesregierung Minister Dr. Garg ab mittags beurlaubt. Die Abgeordnete Midyatli hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung unseres Landtags mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 14 Uhr verhindert ist. Die Abgeordneten Fehrs und von Pein haben nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung zur Gänze verhindert sind. Der Abgeordnete Dirschauer hat ebenfalls nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Vormittagssitzung verhindert ist.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ganz herzlich dem Abgeordneten Volker Nielsen zum Geburtstag gratulieren. Lieber Volker, alles Gute, bleib gesund!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 A auf:

**Landtag über die Verhandlungsposition der Landesregierung informieren**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2649

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag wird um einen Bericht in dieser Tagung gebeten. Ich lasse zunächst abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll.

Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich erteile somit für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten, Daniel Günther, das Wort.

**Daniel Günther, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will diesem Wunsch nach Berichterstattung über die Position der Landesregierung in Vorbereitung auf die bevorstehende Ministerpräsidentenkonferenz gern nachkommen. Wir haben es bei uns in Deutschland so geregelt, dass wir die Regeln in den Bundesländern unterschiedlich anwenden können. Wir waren uns immer alle einig, auch mit dem Blick auf andere Länder, dass dann, wenn die Zahlen nach oben gehen, schnelles Handeln notwendig ist. Dieses Regelwerk gibt es, und heute stehen wir vor dieser Prüfung, die andere Länder auch vor sich haben.

Wenn wir uns die Zahlen in unserem Land angucken, dann müssen wir feststellen, dass sie sich rasant entwickeln. Wir haben heute fast 30.000 Neuinfektionen in Deutschland. In unserem Land, in Schleswig-Holstein, haben wir eine Anzahl an Neuinfektionen, wie wir sie nie vorher gehabt haben. Wir haben mit Lübeck, Pinneberg und Stormarn bei uns mittlerweile auch drei Kreise und kreisfreie Städte, die über die Inzidenz von 100 gekommen sind. In Kiel steht dies unmittelbar bevor. Wenn wir uns die Steigerungsraten der letzten Tage realistisch angucken, dann können wir miteinander zu keinem anderen Urteil kommen: Wir müssen jetzt schnell handeln.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich will Sie an dieser Stelle auch darüber informieren, dass wir gestern den Expertinnen- und Expertenrat einberufen haben. Ich will ausdrücklich sagen, dass alle Expertinnen und Experten uns auch für Schleswig-Holstein empfohlen haben, möglichst schnell und klar und konsequent zu handeln. Es waren nicht nur die Medizinerinnen und Mediziner, sondern die Empfehlung kam auch aus psychologischer Sicht, aus rechtswissenschaftlicher Sicht und auch aus Sicht der Krisenforschung. Ich sage: Sie kam auch aus der Sicht des Instituts für Weltwirtschaft.

Das finde ich besonders wichtig: schnelles Handeln jetzt, ein klarer Lockdown so schnell wie möglich, damit wir überhaupt wieder eine Perspektive sehen können. Ich finde, das sollte auch Richtschnur un-

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

seres Handelns jetzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben immer gesagt: Wir gucken uns die Zahlen an, aber wir werden sie uns nicht lange angucken, sondern wir werden jetzt auch Maßnahmen ergreifen müssen. - Das heißt für mich aber auch in aller Klarheit: Wir haben immer gesagt, mit kühlem Kopf, nicht überstürzt und immer mit klarer Aussage.

Deswegen will ich allen Menschen die Sicherheit geben, dass es natürlich auch bei uns im Norden so sein wird, dass Lebensmittelgeschäfte immer geöffnet haben werden und dass die Geschäfte des täglichen Bedarfs von keiner Schließung betroffen sind, dass wir es in Schleswig-Holstein gerade in diesen schweren Zeiten ermöglichen werden, dass in den Pflegeeinrichtungen die Besuche von Angehörigen natürlich aufrechterhalten werden.

Die Menschen können sich auch darauf verlassen, dass wir für Betreuungsmöglichkeiten sorgen werden. Das heißt für uns in Schleswig-Holstein, dass die Kitas auch außerhalb der Schließzeiten geöffnet bleiben, die Betreuungsmöglichkeit dort also besteht. Ich will aber auch klar sagen - das ist mein dringender Appell -: Alle Eltern, die ab Montag andere Betreuungsmöglichkeiten haben, denen es also möglich ist, ihre Kinder nicht in die Kita zu geben, sollten den Weg dorthin auch nicht antreten. Dazu rufe ich herzlich auf.

Wenn ich auch das in dieser Deutlichkeit sagen darf: Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden herzlich gebeten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Homeoffice zu erlauben oder ähnliche Möglichkeiten zu eröffnen, damit sie nicht den Weg in das Unternehmen antreten müssen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Unser Appell bezieht sich auch darauf, in den Schulen jetzt ebenfalls einen klaren und konsequenten Weg zu gehen. Ab Montag wird der Präsenzunterricht nur noch in den Klassenstufen 1 bis 7 durchgeführt. Unser dringender Appell ist, die Möglichkeit, die Kinder vom Schulbetrieb beurlauben zu lassen, genauso zu nutzen. Ab Klassenstufe 8 wird es ab Montag keinen Präsenzunterricht mehr geben. Das Bildungsministerium bereitet derzeit die Schulen darauf vor, dass ab der nächsten Woche die Möglichkeit genutzt wird, zu Hause zu arbeiten. Die Möglichkeit ist da. Ich bitte alle dieje-

nigen, die in der Schule Verantwortung tragen, in diesen schweren Zeiten herzlich um Unterstützung. Ich weiß, wie hart es ist, wenn man so etwas am Freitag ankündigt. Aber das ist zwingend notwendig, um die Gesundheit der Menschen zu schützen. Wir brauchen die Lehrerinnen und Lehrer, die in der Schule Verantwortung tragen. Wir bitten Sie, diesen Weg mitzugehen. Ich bin Ihnen allen herzlich dankbar, dass Sie das tun.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir in Schleswig-Holstein werden jetzt schnell und konsequent handeln. Das heißt, in den Kreisen, die schon hohe Inzidenzwerte aufweisen, werden wir sehr kurzfristig Maßnahmen ergreifen. Gesundheitsminister Heiner Garg ist im Gespräch mit Vertretern der Landeshauptstadt Kiel und verschiedener Kreise, um entsprechende Anordnungen vorzubereiten. Ziel ist es, dass umfassende Beschränkungsmaßnahmen, auch was Kontakte angeht, dort so schnell wie möglich greifen.

Das Verbot des Ausschanks und des Genusses von Alkohol in der Öffentlichkeit werden wir in Schleswig-Holstein so schnell wie möglich durchsetzen.

Wir müssen - das werden wir festlegen - auch die Kontakte in unserem Land reduzieren. Ich habe immer von der Zehn-Personen-Regel gesprochen; ich weiß. Aber man braucht nicht beide Hände zu nehmen, sondern nur eine Hand. An dieser sind nur fünf Finger. Deswegen lautet die Grundregel in der nächsten Zeit: Im privaten Bereich fünf Personen aus maximal zwei Hausständen!

Lediglich dann, wenn man enge Familienangehörige bei sich zu Hause zu Besuch hat, ist die Möglichkeit gegeben - weil wir die Familie besonders schützen wollen -, bis zu zehn Personen zu treffen. Das entbindet uns davon, eine Sonderregelung für die Weihnachtstage zu treffen. Das wollen wir nicht machen, weil wir genau diesen Anreiz nicht setzen wollen. Die Grundregel ist klar und verständlich. Jeder muss wissen: fünf Personen, zwei Hausstände, Ausnahme nur Familien! - Ich bitte um Verständnis, dass wir diesen harten Weg gehen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Auch wenn wir anderes angekündigt haben und auch wenn ich weiß, dass es immer schwierig ist, wenn man Entscheidungen revidiert, sage ich an dieser Stelle: Wir hatten für Weihnachten eine Sonderregelung geplant, was die Hotelöffnung angeht.

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

In diesen Zeiten, in denen wir an alle Menschen dringlich appellieren, so wenig Kontakte wie möglich zu haben, bitte ich um Verständnis dafür, dass diese Regelung nicht aufrechterhalten werden kann. Wir werden Hotelübernachtungen nur für Geschäftsreisende oder für besondere, schwere private Fälle, etwa die Teilnahme an einer Trauerfeier, ermöglichen. Für Familienbesuche werden die Hotels nicht geöffnet; wir werden diese Regelung ändern. Ich bitte auch dafür herzlich um Unterstützung und um Ihr Verständnis, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Was heißt das für unser Herangehen an die Ministerpräsidentenkonferenz? Ich sage sehr deutlich für uns in Schleswig-Holstein: Unser Weg - der Appell, das Setzen auf Freiwilligkeit, das Mitnehmen der Menschen - ist einer der Gründe, warum wir hier so erfolgreich sind. Deswegen werde ich bei der Ministerpräsidentenkonferenz auch sehr deutlich sagen, dass wir in Schleswig-Holstein keine Ausgangssperren wollen.

(Beifall FDP und SSW)

Ich glaube, dass es der richtige Weg ist, auf die Vernunft von Menschen zu setzen. Das hat in den vergangenen Wochen und Monaten gut geklappt. Aber Vernunft heißt eben auch, dass wir bei der Ministerpräsidentenkonferenz ein klares Regelwerk erreichen wollen. Deshalb fordere ich, dass diese Ministerpräsidentenkonferenz so schnell wie möglich stattfindet, am besten schon heute, spätestens morgen. Im Moment kann man keinen Tag Zeitverzögerung rechtfertigen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass wir auf dieser Ministerpräsidentenkonferenz beschließen, den Lockdown in unserem Land bundesweit möglichst einheitlich und so schnell wie möglich kommen zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Bitte ist: Jede und jeder, die beziehungsweise der im Moment die Möglichkeit hat, Kontakte zu reduzieren, sollte dies tun. Im Moment ist das Gebot der Stunde, so weit es geht, zu Hause zu bleiben - dort ist man im Moment gut geschützt - und sich mit möglichst wenig Menschen zu treffen.

Ich sage auch: Niemand sollte jemanden verurteilen, der in diesem Jahr kein Weihnachtsgeschenk zur Hand hat. Wir wollen jetzt eben nicht einen Run auslösen. Man kann immer noch eine nette Karte übergeben, man kann immer noch etwas anderes machen. Wir können den Leuten sagen: Sobald unser Einzelhandel wieder geöffnet hat, wollen wir ihn unterstützen. Das Geschenk gibt es in diesem Jahr halt ein bisschen später und nicht direkt zu Weihnachten. Machen Sie bitte mit, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich weiß, dass vier harte Wochen vor uns stehen. Wenn Sie mich jetzt fragen: „Können Sie mir irgendeine Garantie dafür geben, dass nach vier Wochen dieser Spuk ein Ende hat?“, dann sage ich Ihnen in aller Offenheit: Diese Zusicherung wird es von mir nicht geben. Aber jeder muss auch wissen: Wer sich ab dem heutigen Tag an die Kontaktregeln hält und keine Regel mehr verletzt, trägt dazu bei, dass wir in unserem Land früher in die Freiheit zurückkehren können.

Bei aller Härte, die diese vier Wochen bedeuten werden, bitte ich Sie darum, auch an die Menschen zu denken, die seit neun Monaten ihren Job nicht ausüben können; ein Beispiel sind die Kulturschaffenden, die seit neun Monaten ohne Perspektive sind. Angesichts dessen kann man, wie ich finde, von uns allen erwarten, dass wir vier Wochen lang auf diese Weise Solidarität üben, das heißt, diesen harten Lockdown über uns ergehen lassen. Alle sollten mitmachen. Das ist es, was wir alle miteinander leisten können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir haben schon so viel des Weges zusammen geschafft, und auch alle Kulturschaffenden und Schausteller sollen wissen: Sie haben den längsten Weg der Strecke, den Sie gegangen sind, bereits hinter sich. Es gibt Hoffnung im nächsten Jahr.

Wir wissen, dass jetzt Impfstoffe kommen, wir wissen, dass es danach aufwärtsgehen kann. Es wird mit Sicherheit bis Ostern noch eine unglaublich harte Zeit auch mit Einschränkungen geben, ohne Frage. Wie viel Öffnungen wir vor Ostern machen können, können wir nur entscheiden, wenn wir wissen, wie sich die Inzidenzzahlen entwickeln. Das sage ich in aller Offenheit.

Für diese Landesregierung sage ich aber auch: Sofern wir Licht sehen, werden die Beschränkungen

**(Ministerpräsident Daniel Günther)**

nicht einfach nur aufrechterhalten, sondern wir wollen Freiheiten so früh wie möglich ermöglichen. Aber wir werden das verantwortungsbewusst machen. Wir werden auch an diejenigen denken, die über das kommende Weihnachtsfest überhaupt nicht ans Feiern denken und dies ohnehin schon nicht daran gedacht haben, sondern auch an die, die in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen unterwegs sind. Auch an die sollten wir im Moment alle miteinander denken.

Deswegen bitte ich alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, in diesen Zeiten solidarisch zu sein, sich in diesen Zeiten an die geltenden Regeln zu halten.

Wir haben bereits einen großen Teil der Wegstrecke hinter uns gebracht und haben es selbst in der Hand. Ich bin davon überzeugt, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner diesen Weg mitgehen werden, weil sie wissen, dass wir es gemeinsam schaffen können.

Ich bitte Sie alle hier im Schleswig-Holsteinischen Parlament herzlich um Unterstützung für den schweren Weg, den wir in diesen Wochen gehen müssen. Gemeinsam werden wir das schaffen.

(Starker Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronalage in Deutschland ist dramatisch. Wir beobachten eine unheilvolle Kombination aus bereits jetzt viel zu hohen Zahlen und ein gleichzeitig sich beschleunigendes Wachstum der Infektionswerte.

Die Todesfälle haben eine erschütternde Größenordnung erreicht, die wir nicht akzeptieren können. Sie ist einmalig in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes. Hinter jeder dieser Zahlen stecken ein Schicksal und eine trauernde Familie. Das sollten wir immer bedenken.

Die Expertinnen und Experten haben uns eindrücklich vorgerechnet, wie viele Menschen in den kommenden Monaten zusätzlich sterben werden, wenn wir nicht unverzüglich handeln. Schleswig-Holstein hat nach wie vor niedrigere Zahlen als andere Bundesländer. Aber die drastische Steigerung der Infektionszahlen ist auch bei uns zutiefst beunruhigend.

Wir wissen, was in anderen Bundesländern passiert ist, die sich in Anbetracht ihrer zwischenzeitlich vergleichsweise guten Werte in falscher Sicherheit wähnten.

Seit gestern ist klar, dass unser Land auf Basis der Empfehlungen aus der Wissenschaft auf einen Lockdown zusteuert. Das ist folgerichtig, weil wir in Anbetracht der Dramatik der Situation nicht zuschauen können und dürfen. Das ist die Verantwortung, die wir alle in diesem Hause in Schleswig-Holstein haben. Hinter diese gemeinsame Verantwortung müssen parteipolitischer Streit und Rituale von Regierung und Opposition zurücktreten. Wir unterstützen ausdrücklich die Generallinie dieses Vorgehens der Landesregierung.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dennoch müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass die Ankündigungen des Lockdowns von vielen Menschen als überraschend und vielleicht auch überhastet wahrgenommen wurden, gerade dann, wenn man nicht 24/7 den politischen Livetickern folgt, die ja auch nicht nur von Weisheit geprägt sind.

Es bestätigt darum auch meine Fraktion in der Auffassung, dass wir wegkommen müssen von dieser Art kurzfristiger Abfolge von Jojo-Verfahren der Verschärfungen und Lockerungen, deren Grundlage für viele Menschen nur noch schwer nachvollziehbar ist, zumal vor uns noch lange Monate mit dem Coronavirus liegen, bevor im Frühsommer die Impfstoffe hoffentlich eine breitere Wirkung entfalten werden. Das bleibt übrigens die beste Botschaft in dieser eigenartigen Vorweihnachtszeit.

Aus unserer Sicht braucht es daher unabhängig vom Lockdown zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine bundesweite Vereinbarung über eine verbindliche Inzidenzampel, die klar vorgibt, ab welchen Infektionszahlen eine bestimmte Maßnahme greift und auch wieder gelockert wird. Das ist kein Allheilmittel, aber es gibt den Menschen im Land eine Perspektive, bietet Raum für regionale Unterschiede und schafft Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Effektivität.

Herr Ministerpräsident, das ist aus Sicht meiner Fraktion ein entscheidender Punkt für die anstehenden Beratungen von Bund und Ländern, weil wir nur so die wichtige und bisher ausgeprägte Akzeptanz der Bevölkerung erhalten werden.

Es ist im Übrigen auch der richtige Umgang mit den Eingriffen in die Freiheitsrechte der Menschen,

**(Dr. Ralf Stegner)**

die immer begründet und immer zeitlich begrenzt sein müssen. Das schreibt unsere Verfassung vor. Deswegen sind auch wir gegen Ausgangssperren, die im Grunde genommen nur Kraftmeierei sind, in der Sache aber gar nichts bewirken.

(Beifall SPD)

Wenn wir im Zusammenspiel der norddeutschen Länder oder im bundesweiten Schulterschluss einen „harten“ Lockdown vereinbaren, wie das so heißt, wird die SPD-Fraktion diesen unterstützen; denn der Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung, also die Vermeidung von Infektionen und Todesfällen, muss allererste Priorität haben und behalten. Anders geht es nicht.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wir wären schlecht beraten, wenn wir nicht die Erfahrungen aus dem ersten Lockdown im Frühjahr berücksichtigten. Daraus ergeben sich aus Sicht meiner Fraktion sechs Schlussfolgerungen:

Erstens. Wir müssen die Bedürfnisse der Familien stärker im Blick behalten. Darum wird es in den Kitas bedingungslose Betreuungsangebote brauchen. Bei den Schulen gilt für uns nach wie vor, dass sie so lange wie möglich offenbleiben sollten. Aber wir sind zugleich der Überzeugung, dass Niedersachsen mit der Aussetzung der Präsenzpflicht ab Montag eine pragmatische Lösung gefunden hat.

Wir wissen im Übrigen, dass in den letzten Tagen vor Weihnachten der Höhepunkt nicht bei der Vermittlung von Bildungsinhalten liegt. Die Schulen bleiben also offen für diejenigen, die darauf angewiesen sind, aber wir ermöglichen allen Schülerinnen und Schülern, die nicht darauf angewiesen sind, zu Hause zu bleiben. Diese Lösung wünschen wir uns auch für Schleswig-Holstein; das passiert ja jetzt auch so.

Herr Ministerpräsident, ich begrüße es sehr, dass die Landesregierung sich dem angeschlossen hat. Wir haben ja auch gestern für die Sozialdemokratie dargestellt, dass das die beste Lösung für die Kitas und Schulen ist. Vielen herzlichen Dank. Wir unterstützen das ausdrücklich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Im Frühjahr haben wir in den Heimen Situationen erlebt, die sich nicht wiederholen dürfen. Isolation und Besuchsverbote hatten für die Generation unserer Eltern und Großeltern, aber auch für Menschen mit Behinderung dramatische Folgen.

Vieles davon entspricht in keiner Weise unseren humanitären Werten. Aber nicht zuletzt der Ausbruch in einem Kieler Altenheim hat uns an die Bedeutung des konsequenten Gesundheitsschutzes gerade in diesen Einrichtungen erinnert. Das ist eine schwierige Abwägung. Deswegen brauchen wir nach unserer Überzeugung eine massive Ausweitung von Schnelltests und die ausreichende Bereitstellung von Schutzmaterialien.

(Beifall SPD)

Beides gilt im Übrigen auch für die Krankenhäuser, aus denen uns viele Nachrichten erreichen, dass Personal da oder dort nach wie vor nicht ausreichend getestet wird. Auch das scheint mir wichtig zu sein. Beides gehört ins Verhältnis gebracht. Daran sieht man übrigens auch, dass Politik schwierig ist und nicht etwas mit lockeren Worten getan werden kann, sondern dass es eine harte und schwierige Abwägungsarbeit ist. Ich bin übrigens denjenigen, die das in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern vor Ort tun, ausdrücklich dankbar für ihre Arbeit.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Drittens. Der Lockdown wird zum Ende eines bereits schwierigen Jahres in einer umsatzstarken Zeit in vielen Bereichen zu drastischen Einnahmeausfällen führen. Wir brauchen weiterhin praktikable Wirtschafts- und Überbrückungshilfen, um Einnahmeausfälle abzupuffern und dadurch Beschäftigung zu sichern.

Wir wissen, dass der Bund insbesondere in den vergangenen zwei Monaten viel geleistet hat - dafür sind wir dankbar -; aber er wird sich auch in dieser Frage noch einmal engagieren müssen. Damit können die Länder nicht alleinbleiben. Und, lieber Herr Minister Altmaier, wir müssen auch dafür sorgen, dass die Hilfen bezahlt werden und dass etwas passiert, und zwar unbürokratisch und schnell. Computersysteme müssen zum Laufen gebracht werden. Auch die Alten- und Pflegeheime müssen Übermenschliches leisten. Das gilt auch für die IT-Dienstleister und andere. Wir müssen solche Hilfen jetzt auch gängig machen, damit die Bevölkerung Vertrauen hat.

(Beifall SPD und FDP)

Viertens. Es gab im Frühjahr Verstimmungen, weil die Absprachen mit Hamburg nicht immer so funktioniert haben, wie sich das in einer Metropolregion alle wünschen. Das darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen den engen Schulterschluss mit dem

**(Dr. Ralf Stegner)**

norddeutschen Nachbarn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Fünftens. Nach wie vor gilt: Bei allen Beschlüssen ist umfangreiche Transparenz unerlässlich. Das gilt für die intensive Beteiligung der Öffentlichkeit, aber auch für die Einbindung des Parlaments. Ich weiß, dass wir mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag einige Abläufe durcheinanderbringen.

Aber aus der Zuspitzung der Lage ergibt sich der dringende Bedarf, heute hier zu reden.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist die richtige Reihenfolge, die Regierung jetzt berichten zu lassen und ihr unsere Position mitzugeben, sie dann im Bund verhandeln zu lassen und im Anschluss im Parlament über das konkrete Umsetzungsgeschehen zu sprechen. Das wird der Rolle des Parlaments gerecht. Herr Landtagspräsident - ich will das hier gerne wiederholen -, wir sind ihr, glaube ich, auch in den vergangenen Monaten gerecht geworden. Aber es ist auch wichtig, dass das so bleibt.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei geht es übrigens nicht um unsere Eitelkeiten als Abgeordnete, sondern es geht um die nötige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürger. Sie zeigt eben, dass Beschlüsse nicht in Hinterzimmern getroffen werden, wie das immer behauptet wird. Ich will hinzufügen: Die Debatte im Parlament ist der sehr viel bessere Weg als im Akkord versandte Pressemitteilungen, Hintergrundgespräche oder die Social-Media-Soundbites, bei der die eine Überschrift versucht, die andere zu übertrumpfen. Inszenierungen mögen in Normalzeiten zur Politik dazugehören. In dieser Krise wirken sie schal angesichts der Herausforderungen, die wir gemeinsam zu stemmen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sechstens. Der Lockdown braucht ein klar benanntes Ende, damit er breite Akzeptanz finden kann, aber auch wegen der Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes. Darum ist es wichtig, dass der 9. Januar 2021 als Begrenzung jetzt festgehalten wird. Das gibt Planungssicherheit für alle betroffenen Bereiche, und es schafft Akzeptanz für einen Schritt, der für viele Menschen eine große Zumutung ist.

Wir verbinden damit auch einen klaren Appell, Herr Ministerpräsident.

Wir gehen davon aus, dass die Vereinbarungen von diesem Wochenende länger Bestand haben als nach der letzten Runde. Das war nicht hilfreich. Wir brauchen in den nächsten Tagen keine Wortmeldungen, was im Februar oder Mitte April geschieht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wäre schön, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger auf unser Wort verlassen könnten und die Halbwertzeit länger dauert als der Jahreswechsel.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Familien in Schleswig-Holstein haben sich zwei Wochen vor Weihnachten auf die Festtage eingestellt. Meine Fraktion ist der Überzeugung, dass unsere bisherigen Regeln für die Weihnachtsfeiertage bei strikter Beachtung und vernünftiger Auslegung beibehalten werden können, und das haben Sie ja auch vor. Die Veränderung betreffend die Hotels meine ich nicht, sondern ich meine die Familienbesuche zu Hause. Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner haben in diesem Jahr unter Beweis gestellt, wie verantwortungsbewusst die überwältigende Mehrheit ist.

Aber wir sollten als Politik auch einen klaren Appell formulieren: Bitte beschränken Sie Ihre Kontakte auch an den Festtagen auf das absolut notwendige Minimum! Silvester 2020 kann nicht so sein wie die Jahreswechsel zuvor, jedenfalls dann nicht, wenn wir alle ein gutes neues Jahr 2021 haben wollen. Bitte führen Sie die Beschränkungen nicht ad absurdum, indem Sie sie in der Weise ausreizen, dass Sie vormittags die eine Gruppe, nachmittags die andere und abends noch eine weitere treffen! Es geht immer auch um den Schutz der eigenen Freunde und Verwandten.

So schwer es an den Festtagen fällt: Verzichten Sie, soweit es irgend möglich ist, auf Reiseverkehr! Das hilft unserer ganzen Gesellschaft, damit im neuen Jahr möglichst bald wieder Treffen im Familienkreis ohne schlechtes Gewissen möglich sind. Das ist doch unser aller Neujahrswunsch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Hinter uns liegt ein Jahr, in dem viele Menschen in Schleswig-Holstein über sich hinausgewachsen sind. Viele Beispiele des Engagements für andere sind berührend und inspirierend zugleich. Das ist ein entscheidender Grund, warum wir nach wie vor

**(Dr. Ralf Stegner)**

verhältnismäßig gut durch die Krise kommen. Diesen Menschen gilt unser aller Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zugleich ist das vorbildliche Verhalten so vieler beschämend für die, die mit Egoismus und Rücksichtslosigkeit dazu beitragen, die Risiken für andere Menschen ohne Not zu erhöhen. Davon brauchen wir weniger, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Wir alle wussten, dass die Weihnachtszeit 2020 nicht so werden würde wie in den letzten Jahren. Doch hätten wir alle einen anderen Ausklang, ein bisschen mehr Normalität verdient gehabt. Die kommenden Wochen werden uns als Gesellschaft noch einmal enorm fordern. Das wird eine Zeit, in der unsere Solidarität gefragt ist - in der Familie, in der Nachbarschaft, mit den kleinen Läden in der Innenstadt und dem Gasthof im Nachbarort, vor allem aber mit denen, die in dieser ohnehin dunklen Zeit alleine und einsam sind. Lassen Sie uns an all diese Menschen denken oder - noch besser - überall mit gutem Beispiel vorangehen, wo wir etwas für sie tun können. Wenn wir heute richtig, konsequent, besonnen und vor allen Dingen gemeinsam handeln, werden wir diese Krise erfolgreich bestehen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir in dieser Woche erleben, ist Politik wie im Zeitraffer. Erst am Montag dieser Woche hat Schleswig-Holstein die 50er-Inzidenzmarke überschritten. Wir alle waren alarmiert, aber natürlich ist eine eintägige Überschreitung noch kein Grund, die bestehenden Regeln sofort grundsätzlich infrage zu stellen. Am Dienstag stiegen die Zahlen weiter, und bundesweit hatten wir einen traurigen neuen Höchststand von 590 Toten an einem einzigen Tag zu verzeichnen. Das hat uns dazu gebracht, dem Gedanken an einen harten Lockdown näherzutreten.

Am Mittwoch, bei weiter steigenden Zahlen, hat der Ministerpräsident hier im Landtag genau das sehr klar und deutlich spätestens für die Zeit ab

Weihnachten angekündigt. Am gestrigen Donnerstag dann haben wir einen bundesweiten Rekordwert an Neuinfektionen verzeichnet, und das trotz des mittlerweile über sechs Wochen andauernden Lockdown light. Daraufhin hat sich die Landesregierung für einen strengen Lockdown zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausgesprochen.

Am heutigen Freitag erleben wir gleich den nächsten bundesweiten Rekordwert. Knapp 30.000 Neuinfektionen bedeuten einen sprunghaften Anstieg von 6.000 Fällen, und das ausgehend von dem ohnehin schon hohen Niveau der letzten Wochen. Nach dem heutigen Bericht des Ministerpräsidenten zeichnet sich nunmehr ein Beginn des Lockdowns bereits im Laufe der kommenden Woche ab. Dessen Ausgestaltung als harter Lockdown wird zunehmend konkreter.

Man mag jetzt kritisieren, dass die Politik an fünf Tagen dieser Woche mehr oder weniger fünf unterschiedliche Botschaften ausgesandt hat und dass bislang getroffene Entscheidungen jetzt wieder revidiert werden müssen. Tatsächlich halte ich den Verlauf des Entscheidungsprozesses in den letzten Tagen aber für nahezu mustergültig und vom Tempo her sogar für rekordverdächtig. Es ist nämlich nicht die Politik, die sich jeden Tag etwas Neues ausdenkt, es ist die Dynamik der Pandemie, die uns zum Handeln zwingt. Wir handeln faktenbasiert, und es sind die Fakten, die sich derzeit in unglaublicher Geschwindigkeit tagtäglich verändern.

Dieser Entscheidungsprozess hat bei uns nun fünf Tage gebraucht. Das haben andere Bundesländer nicht einmal in fünf Wochen geschafft. Berlin hat die 100er-Inzidenz erstmals am 21. Oktober 2020 überschritten. Das ist jetzt nicht fünf Tage, sondern 50 Tage her. Von einem harten Lockdown war trotzdem bis gestern aus Berlin keine Spur zu sehen. Selbst nach der gestrigen Ankündigung des Berliner Bürgermeisters soll dieser erst in zwei Wochen in Kraft treten.

Aus Sachsen hieß es zwar schon am 3. Dezember 2020, dass man notfalls im Alleingang einen harten Lockdown einführen werde. Allerdings lag die landesweite Inzidenz damals schon bei dramatischen 260. Dennoch wollte man lieber noch zwei Wochen abwarten und gucken, ob sich das nicht von alleine wieder regelt. Das Ergebnis dieses Abwartens ist eine Inzidenz von heute 315.

Bayern unterstützte bereits vor einigen Tagen die Forderung nach einem harten Lockdown, allerdings geknüpft an die Bedingung, dass die Ministerpräsidentenkonferenz das vorher bundesweit empfehlen

**(Tobias Koch)**

müsse. Ich sage es erneut: Das hätte man einfach auch selber beschließen können.

Oder schauen wir nach Thüringen. Thüringen hat sich in den letzten zwei Wochen mit einem steilen Anstieg der Infektionszahlen auf den zweitschlechtesten Platz bundesweit vorgeschoben mit einer Inzidenz von jetzt 190. Bislang war von Herrn Rame-low ausschließlich zu vernehmen, dass deshalb die über die Weihnachtstage geplanten Lockerungen gestrichen würden.

In Schleswig-Holstein waren die Coronamaßnahmen dagegen schon das ganze Jahr über davon bestimmt, dass wir frühzeitig und konsequent gehandelt haben, obwohl unsere Zahlen immer deutlich niedriger lagen als im Rest der Bundesrepublik. Gerade in dieser Woche zeigt uns eine repräsentative Umfrage, dass die Zufriedenheit der Menschen mit dem Corona-Krisenmanagement in keinem anderen Bundesland höher ist als in Schleswig-Holstein. Wir belegen hier noch vor Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern bundesweit den ersten Platz. Das, denke ich, sollte uns darin bestärken, unseren schleswig-holsteinischen Weg weiterzugehen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht erst abwarten und das Unheil seinen Lauf nehmen lassen, sondern schnell und entschieden handeln, damit die dramatisch hohen Infektionszahlen anderer Bundesländer bei uns möglichst gar nicht erst Realität werden.

Meine Damen und Herren, wir haben noch am Mittwoch hier im Plenum darüber diskutiert, ob ein bundesweiter harter Lockdown in dieser Situation angemessen ist oder ob nicht Schleswig-Holstein aufgrund seiner vergleichsweise geringen Inzidenz davon auszunehmen wäre.

Wenn wir jetzt selbst als Niedrig-Inzidenzland feststellen, dass der Anstieg bei uns so stark ist, dass wir dieser Dynamik nur mit einem harten Lockdown begegnen können, dann erwarte ich umso mehr, dass sich die anderen Bundesländer ebenfalls für diesen harten Kurs entscheiden. Nur gemeinsam werden wir die Coronawelle stoppen. Wir brauchen deshalb eine bundesweite Regelung. Das muss das Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz am Wochenende sein.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, in der Sache hat der Ministerpräsident alles Notwendige zu den weiteren Details gesagt. Ich will deshalb nur noch einmal be-

tonen, dass mit dem heutigen Bericht und der Debatte hier im Plenum des Landtags auch die Parlamentsbeteiligung vorbildlich ist. Nachdem ich am Mittwoch noch die Begründung für die von der SPD-Fraktion beantragte Aktuelle Stunde kritisiert habe, will ich heute ausdrücklich feststellen, dass ich den Berichtsantrag der SPD für absolut angemessen und richtig halte.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Allerdings bin ich mir auch sicher, dass die Landesregierung im Zweifelsfall selbst eine Regierungserklärung angemeldet hätte, wenn es diesen Berichts-antrag nicht gegeben hätte - sei es drum.

Offener und direkter kann man solche Entscheidungen nicht kommunizieren und miteinander politisch diskutieren, als Regierung und Parlament das hier im Schleswig- Holsteinischen Landtag tun.

Wer die Forderung nach einem strengen Lockdown nicht teilt, hat alle Möglichkeiten, diese Meinung mit einem Antrag in den Landtag einzubringen und dafür eine Mehrheit zu suchen. Geschieht dies nicht oder findet sich dafür keine Mehrheit, stellt das die demokratische Legitimation des Handelns der Landesregierung in keiner Weise infrage, ganz im Gegenteil.

Auch heute gilt einmal mehr: Die Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise werden nicht nur von der Jamaika-Koalition, sondern dankenswerterweise auch von der Opposition aus SPD und SSW unterstützt. Eine breitere demokratische Legitimation für das Handeln unserer Landesregierung kann es kaum geben. Herzlichen Dank für diese Gemeinsamkeit!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, dennoch hätten wir uns alle einen anderen Jahresausklang gewünscht und würden diese Krisensituation lieber heute als morgen hinter uns lassen. Indem wir jetzt aber zu dem Mittel eines harten Lockdown greifen, ist zumindest wieder Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Wir alle wissen: Ein solcher Lockdown war im März und April erfolgreich, und er war es auch in unseren europäischen Nachbarländern. Belgien hatte zwischenzeitlich eine landesweite Inzidenz von 1.000, Frankreich von 600. Beide Länder haben harte Maßnahmen ergriffen, und beide Länder haben das Infektionsgeschehen damit ganz entscheidend reduziert.

**(Tobias Koch)**

Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt genauso handeln und uns damit die Chance auf einen guten Start ins neue Jahr eröffnen. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich danke für Ihren Bericht, und ich danke vor allem auch für Ihre klare Haltung in dieser Sache. Ich bin wirklich froh, dass ich in Schleswig-Holstein lebe. Sie haben die volle Unterstützung von mir, meiner Fraktion und - wie wir eben gemerkt haben - von allen Fraktionen in diesem Haus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Lieber Minister Garg und lieber Herr Badenhop - der wahrscheinlich irgendwo zuhört -: Sie sind diejenigen, die in dieser Zeit ganz Besonderes leisten, ohne Pause, ohne Erholung. Auch Ihnen ein ganz großer Dank, auch im Hinblick auf die vor uns stehende Verordnung zum Lockdown. Herzlichen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Es ist wirklich ein beruhigendes Gefühl zu wissen, dass die Gesundheitspolitik in diesem Land in Ihren Händen liegt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, Schotten dicht und Herunterfahren machen keinen Spaß. Niemand möchte in dieser eher dunklen Zeit den Menschen ihre Freuden nehmen, das gemeinsame Essengehen, die Sportaktivitäten, den Theaterbesuch, den Gang in den Zoo, Schulfreunde treffen, Party machen oder Gottesdienste besuchen. Niemand will Menschen die Existenz rauben, den Arbeitsplatz, die Betreuung in der Altenpflegeeinrichtung, das aufgebaute Unternehmen.

Aber wir können jeden Morgen erneut entsetzt feststellen: Die getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus.

Wir müssen die Kontrolle zurückbekommen, in den Gesundheitsämtern muss das Virus wieder verfolgbar werden. Nur dann können wir auf ein anderes System hoffen. Herr Stegner sagt zu Recht, und wir alle fordern schon lange: Wir brauchen eine Perspektive für eine Art Ampelsystem. Wir müssen in einen Umgang mit der Pandemie kommen, dass wir bei bestimmten Inzidenzen bestimmte Maßnahmen haben. Das brauchen wir, das braucht auch die Wirtschaft.

Um dahin zu kommen, braucht es jetzt leider einen wirklich wirksamen Lockdown.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich halte nicht viel von „Hätte-hätte-Fahrradkette“-Gerede - bisher haben wir es in Schleswig-Holstein und auch in Deutschland gut gemacht. Ich halte auch nicht viel von dem „Wir-Guten-im-Norden-und-die-Bösen-im-Süden-oder-in-den-Städten“-Gerede.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wo Menschen enger zusammenwohnen, ist es schwieriger, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Mein Fokus geht auf das Jetzt: klare Verabredungen auf der Ministerpräsidentenkonferenz, verbindliche Verabredungen für alle Länder auf der Ministerpräsidentenkonferenz und anschließend gute Kommunikation vor Ort.

An der Stelle sind wir gefragt; wir sind diejenigen, die die Botschafter und Botschafterinnen für das Thema sein müssen. Und dann müssen wir uns und muss sich der Rest der Bevölkerung an die Maßnahmen halten.

Manche meinen, wir seien in Schleswig-Holstein zu vorbildlich, zu streng, angesichts unserer im Norden bisher niedrigen Inzidenzen. Denen sage ich: Das Gegenteil ist der Fall! Weil wir von Anfang an konsequent waren und zusammengestanden haben, haben wir noch freie Kapazitäten in den Kliniken. Das ist gut so, und das sollte so bleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jörg Hansen [FDP])

Das nennt man Präventionsparadox, etwas, was uns im Sommer mit wenig Sorge in den Winter hat schauen lassen, weil es uns ja im Verhältnis so gut ging. Wenn man so will, ist Schleswig-Flensburg unser Sommerwert, und der kann sich bekanntlich schnell ändern.

**(Eka von Kalben)**

Präventionsparadoxen machen den Weitblick so schwierig. Wir haben eben darüber gesprochen. Jetzt ist schon wieder die Situation eingetreten, von der wir immer wieder beschworen haben, dass wir sie nicht wollen: Freitag wird verkündet, was in den Schulen am Montag los ist. Ich weiß jetzt schon, was in meinem Mailpostfach auf mich wartet, Mails von Eltern, die sagen, das gehe zu schnell, von Lehrerinnen und Lehrern, von Schulleitungen, von Kommunen, von ich weiß nicht wem.

Sie haben natürlich recht, aber wir reagieren deshalb so kurzfristig, weil wir das Präventionsparadox im Kopf haben. Erst wenn eine Krise direkt vor der Tür steht, sagen wir: Okay, wir wollten den Präsenzunterricht nicht wieder einschränken, wir wollten nicht auf Distanzunterricht gehen. - Aber nun sind die Werte so hoch, dass wir es machen müssen.

Herr Koch hat wunderbar dargestellt, wie sich die Dynamik diese Woche entwickelt hat. Leider ist für mich ein bisschen die Lehre, dass Krisen immer so hart sein müssen, dass die Reaktion darauf eigentlich zu spät kommt und man dann manchmal viel härter eingreifen muss, als wenn man es früher getan hätte. Ich glaube, das ist ein Muster, das man sich für zukünftige, andere Krisen bewusst machen muss.

Man muss auf die Leute hören, die schon seit Wochen sagen, dass die Klinikbetten volllaufen. Das ist ja keine neue Erkenntnis. Ich möchte jetzt nicht - wie so oft - den lieben Herrn Dolgner zitieren, der uns das schon lange vorgerechnet hat; er hatte recht.

Ich bin in den letzten Tagen von einigen Menschen angeschrieben worden, die anerkennen, dass es sich die Politik nicht leichtmacht. Ich kann nur sagen: Niemand macht es sich leicht. Jede Maßnahme für einen kommenden Lockdown muss abgewogen sein, muss verhältnismäßig sein, darf nicht mehr Schaden als Nutzen anrichten. Dabei wird sich nicht jeder Widerspruch auflösen lassen.

Ich sprach es an, zum Beispiel die Frage: warum bundesweit und nicht regional unterschiedlich? Das ist immer wieder eine wichtige Frage, gerade auch von Kollegen aus dem Norden. Bundesweit, weil es angesichts der Mobilität, gerade zu Weihnachten, die einzig vernünftige und für alle verständliche Lösung ist.

Bundesweit, weil wir keinen Einkaufs-, Party- oder sonstigen Tourismus brauchen, um die Pandemie zu bekämpfen. Das ist mir der wichtigste Punkt: bundesweit, weil wir solidarisch sein müssen. Die Intensivbetten werden überall knapp. Da werden wir national und vielleicht auch europäisch solidarisch

sein müssen. Solidarisch wollen wir sein, das macht uns hier aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Es wird viel über den Schaden diskutiert, den die Wirtschaft, insbesondere der Einzelhandel in den Innenstädten, durch einen erneuten Lockdown nehmen kann. Sie alle kennen die Beispiele: Das ist für die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler, die kleine Boutique oder die kleine Buchhandlung, für das letzte Schreibwarengeschäft in der Stadt dramatisch. Gerade den Läden jenseits der großen Ketten, die es nach einer Krise vielleicht nicht mehr geben wird, die aber die Individualität unserer Innenstädte ausmachen, müssen wir helfen: strukturell sowieso wegen der Online-Konkurrenz, aber auch aktuell in der Krise. Da geht es nicht nur ums Geld, sondern auch um Treue und eigenes Kaufverhalten, wenn es um die Weihnachtsgeschäfte geht. Herr Günther hat es in seiner Rede genannt: Kinogutscheine statt Amazon-Päckchen. Das muss jetzt die Botschaft sein: vor Ort den einzelnen Läden die Treue halten.

Viel wird über Wirtschaftshilfen diskutiert, und das ist gut so. Ich möchte aber, dass wir auch einen Blick nehmen auf die, die unsere Unterstützung in der Pandemie brauchen. Zu oft haben wir bei den Feiertagen die Schokoladenwerbung im Kopf: Papa, Mama, zwei Kinder und Oma unter dem Weihnachtsbaum. Fünf Menschen, alle verwandt, kein Problem.

Die Witwe aber, die keine Familie in der Nähe hat und nicht nach Süddeutschland anreisen kann und deren Freundinnen in ihren Familien sind, braucht nicht Abstand, sondern Nähe: einen Lebensmitteleinkauf, einen Spaziergang oder auch einen Besuch. Die Familie, in der Einzelne sowieso einen Rappel bekommen, wenn sie über die Weihnachtsfeiertage zusammen sein müssen, denen jegliche Abwechslung genommen wird, die keine Schokoladenwerbungstimmung empfinden: Auch die brauchen Trost und Unterstützung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Schließlich gibt es die Menschen in der Pflege, die befürchten, dass sie noch weniger Besuche und noch weniger Ablenkung haben werden: keine Schulkinder mit quietschenden Blockflöten, keine Bingo-Abende, kein Besuch in der Familie. Es geht nicht nur um wirtschaftlichen Ausgleich, es geht um kleine Gesten und kleine Hilfen. Ich glaube, wir alle haben genug Fantasie, was wir dazu beitragen und machen können.

**(Eka von Kalben)**

Viele sagen, es stehe uns eine schwierige Zeit bevor. Das ist richtig. Ich wünsche uns allen, dass auch eine Zeit bevorsteht, in der wir spüren, dass wir eine solidarische Gemeinschaft sind. Junge Leute aus Bad Oldesloe haben innerhalb kürzester Zeit eine Facebook-Gruppe gegründet, „Oldesloe hilft sich“, in der zurzeit fast 3.000 Menschen sind. Bad Oldesloe - Frau Klahn, Sie wissen es besser - hat ungefähr 10.000 Einwohner.

(Anita Klahn [FDP]: 25.000! - Heiterkeit)

- 25.000? - Entschuldigung. Aber auch 3.000 von 25.000 sind eine unfassbar große Zahl, wenn man überlegt, dass vermutlich nicht alle Menschen in Bad Oldesloe bei Facebook sind. Da sind Menschen organisiert, die anderen helfen wollen und Nachbarschaftshilfe anbieten. Sie haben es auch über den Sommer gemacht, als die Coronapandemie gar nicht die große Rolle gespielt hat. Das ist eine großartige Leistung von drei jungen Leuten, die das aufgebaut haben.

Das sind Beispiele, die froh machen. Sie sind ausgesprochen weihnachtlich. In diesem Sinne schaffen wir auch diese nächste Etappe der Coronazeit. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten in den letzten Tagen eine sehr dynamische Entwicklung sowohl beim Infektionsgeschehen als auch bei der politischen Debatte zu verzeichnen. Sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund sind es ganz besonders herausfordernde Zeiten. Dass wir konsequent reagieren müssen, ist wohl für alle Beteiligten angesichts der Lage sehr klar.

(Beifall FDP und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass ein sehr harter Lockdown - einen Lockdown light hatten wir ja schon - auch für Schleswig-Holstein zum jetzigen Zeitpunkt der richtige Weg ist, war Anfang der Woche noch nicht meine feste Überzeugung, das sage ich ganz offen. Wir haben den Grenzwert von 50 überschritten, darauf muss man reagieren, so steht es auch im Infektionsschutzgesetz. Wir wissen alle, dass das notwendig

ist. Es ist dann in solchen Situationen immer die Frage: Reagieren ja, aber wie?

Wir haben hier in Schleswig-Holstein - es ist mehrfach gesagt worden - nach wie vor eine andere Lage bei der Inzidenz, aber auch sehr starke Zuwächse. Das ist aus meiner Sicht der entscheidende Punkt. Das macht die Situation so ernst. Wir haben in dieser Pandemie stets frühzeitig und vergleichsweise vorsichtig und dabei dennoch möglichst zielgenau, nach bestem Wissen und Gewissen und mit kühlem Kopf gehandelt.

Das Resultat ist eine im Vergleich sehr niedrige Inzidenz und gleichzeitig die bundesweit höchste Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu den Maßnahmen. Wir mögen auch immer ein bisschen Glück gehabt haben: die geografische Lage, das berühmte norddeutsche Temperament, das in dieser Krise ganz besonders wichtig ist, und natürlich, dass wir keine allzu großen Ballungsgebiete haben. Es ist doch völlig klar: Rhein-Main-Gebiet, Ruhrgebiet und so weiter, das sind einfach andere Lebensverhältnisse dort.

Wir haben auch einige Fehler gemacht. Das gehört in so einer Krise dazu, es gibt ja keine Blaupausen für so etwas. Wir haben aber eben auch sehr viel richtig gemacht. Letzteres soll auch so bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben immer deutlich gemacht, dass die Ministerpräsidentenkonferenz und die bundesweite Abstimmung wichtig sind. Wir haben die Vereinbarungen dann aber in der Regel auch sehr konsequent umgesetzt. Ich will da kein Nord-Süd-Ding aufmachen, es gehört aber zur Wahrheit dazu und ist mit Blick auf die bevorstehende Ministerpräsidentenkonferenz wichtig: Wir haben das meistens konsequenter gemacht als diejenigen Bundesländer, die es besonders nötig gehabt hätten.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Insofern sage ich nur: Alle haben eine besondere Verantwortung, aber man muss genau darauf achten, dass man gemeinsam handelt. Ein Alleingang des Landes bei einem Lockdown kommt nicht infrage. Es gibt eine enge Verwobenheit mit Hamburg. Es macht wenig Sinn, Läden zu schließen, und dann fahren alle nach Hamburg zum Einkaufen. Das ist für Schleswig-Holstein nicht besonders sinnvoll.

(Christopher Vogt)

Es ist auch eine Frage der Rechtssicherheit. Bei vielen Gerichtsurteilen haben wir gesehen: Die Ungleichbehandlung gerade im Bereich der Wirtschaft ist schwer zu begründen, wenn es nicht in irgendeiner logischen Form geschieht.

Eines ist völlig klar: Es wird in den nächsten Monaten angesichts der Ferienzeit keine bessere Gelegenheit für einen Lockdown geben. Es wird keine Zeit geben, in der die Begleiterscheinungen so gering sind wie in den kommenden Wochen. Wenn man sich dafür entscheidet, sollte man es so machen, dass es möglichst viel bringt. Nicht nur viele Experten, die Kommunen in Schleswig-Holstein und die Verbände, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger unterstützen uns darin.

Wir alle haben sicherlich in den letzten Tagen aus dem privaten Bereich sehr viele Nachrichten von Bürgern bekommen, die uns geschrieben haben: Wartet, wenn ihr es macht, nicht zu lange, und macht es konsequent, damit es sich am Ende auszahlt!

Als Liberale sind wir bei solchen drastischen staatlichen Maßnahmen naturgemäß erst einmal zurückhaltender und skeptischer als alle anderen. Das ist der Grund, warum es uns gibt, um das einmal so deutlich zu sagen. Wir haben uns deswegen gegründet.

(Beifall FDP)

Aber in dieser Krise kommt uns deshalb auch eine besondere Rolle zu. Ich möchte es an dieser Stelle noch einmal sagen und sage es öffentlich: Lieber Heiner Garg, du bist Parteivorsitzender und ein sehr engagierter und kompetenter Gesundheitsminister, auf den wir stolz sein können. Das gilt übrigens auch für deinen Staatssekretär, Matthias Badenhop. Es ist für uns beide mitunter nicht so leicht, dass wir auch zu sehr unchristlichen Zeiten einen intensiven Austausch haben.

(Heiterkeit Minister Dr. Heiner Garg)

Das ist aber so. Und ich muss sagen: Wenn das Ergebnis stimmt - das ist das Entscheidende -, dann passt es auch.

(Beifall FDP und Wolfgang Baasch [SPD])

Es sind immer Abwägungen: Die Frage nach milderen Mitteln muss in unserem Staat die erste Frage sein. Die Verhältnismäßigkeit muss immer gewahrt bleiben. Das generelle Coronamanagement muss immer wieder nachgesteuert werden. Wir haben in dieser Woche mehrere Debatten dazu gehabt, zum

Thema Schulbusse, zum Thema Corona-App, damit sie wirklich etwas bringt.

Der Schutz von Alten- und Pflegeheimen ist das beste Beispiel für eine schwierige Abwägung. Wir wollen gerade jetzt zur Weihnachtszeit keine Einsamkeit von alten Menschen. Wir wollen sie aber eben auch nicht gefährden. Deswegen machen wir diese ganze Veranstaltung, und deswegen müssen wir immer wieder an den Stellschrauben drehen, beispielsweise bei der Teststrategie, bei der Verteilung von FFP2-Masken und so weiter. Insofern sind wir verantwortungsbewusst, staatstragend sowieso und vor allem rational. Deshalb ist der Rat von Wissenschaftlern für uns auch sehr wichtig.

„Die Wissenschaft“ gibt es wahrscheinlich genauso wenig wie „die Politik“. Aber hier ist man sich doch bei den meisten Fragen auch in der Wissenschaft ziemlich einig. Deswegen müssen wir faktenbasiert handeln. Generell sollten wir in der Politik stärker auf die Wissenschaft hören und uns nicht nur auf die Wissenschaft berufen, wenn es gerade an irgendeinem Punkt in unsere Agenda passt. Wir sollten generell auf die Wissenschaft hören und faktenbasiert handeln.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt das Recht auf Leben, es gibt das Recht auf Bildung, auf Freizügigkeit, Berufs- und Gewerbe-freiheit und so weiter. Aber auch die Juristen haben uns sehr deutlich gesagt: Das Recht auf Leben ist in einer solch schwierigen Phase besonders hervorzuheben. Das leitet uns.

Der Lockdown light - auch das gehört zur Wahrheit dazu - hat nicht den gewünschten Effekt gebracht. Auch dort muss man sehen, wenn man sich die Zahlen der Bundesländer in den letzten Wochen und zwei oder drei Monaten ansieht: Im Norden und auch teilweise im Westen sind die Zahlen ein bisschen besser geworden, im Süden und Osten sieht man, dass die Zahlen trotzdem weiter gestiegen sind. Woran liegt das? - Aus meiner Sicht ist die Antwort relativ klar, und das ist auch in der jetzigen Phase wichtig: Dort, wo die Zahlen ein gewisses Niveau erreicht haben, ist es unheimlich schwierig, wenn man nicht hart gegensteuert. Das ist am heutigen Tage die wichtige Erkenntnis.

Die konkreten Maßnahmen, die wir als politisch Verantwortliche beschließen, sind in unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat immer nur die eine Seite der Medaille. Das andere ist das konkrete Verhalten von uns allen als soziale Wesen, die wir nun

(Christopher Vogt)

einmal sind. Da hat jeder Einzelne Verantwortung. Wir müssen uns ehrlich machen: Ohne die Einsicht und Rücksichtnahme der großen Mehrheit der Bevölkerung wird es auch mit diesem Lockdown nicht klappen, bis etwa Mitte Januar das Infektionsgeschehen spürbar herunterzubringen. Deshalb müssen wir tatsächlich die Kontakte, so gut es geht, reduzieren und dafür werben, dass die Menschen diesen Maßnahmen folgen. Wenn das nicht passiert, dann bringt das in der Form nichts.

(Beifall FDP, Beate Raudies [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD] und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir machen jetzt sehr strenge Kontaktregeln, aber auch das ist meiner Meinung Fraktion wichtig gewesen: Natürlich wird sich die Kernfamilie an Weihnachten in irgendeiner Form treffen. Das muss man auch ermöglichen, damit man dort die Menschen nicht noch mehr unter Druck bringt. Das muss man ermöglichen, aber eben verantwortlich.

Der Lockdown hat natürlich erhebliche Nebenwirkungen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und psychologisch. Da möchte ich einmal das Thema der Familien mit Kindern in den Blick nehmen, gerade mit Kleinkindern. Ich habe nun auch zwei kleine Kinder. Für diese kleinen Kinder sind das natürlich sehr prägende Jahre. Die Zeit seit März - bald ist ein Jahr rum - ist natürlich für ein Kind in einem Alter von drei oder vier Jahren eine enorme Zeitspanne. Man muss sich immer wieder vor Augen führen, was es auch für die Kinder bedeutet.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Übrigen finde ich es immer interessant, dass sich kleine Kinder, auch die, die sehr lebendig sind - ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen -, an diese Regeln besonders gut halten. Das finde ich immer erstaunlich.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Spannende Beobachtung!

Wir müssen an die Familien mit Kindern denken, gerade an diejenigen, die nicht so privilegiert sind. Da möchte ich ein Beispiel nennen, wo wir aus meiner Sicht im Frühjahr einen Fehler gemacht haben. Das ist beim Thema Spielplätze. Wir haben einen Garten mit Klettergerüst, da können die Kinder hin. Andere Familien haben das nicht, die sind auf öffentliche Spielplätze angewiesen. Diese werden

wir nicht wieder absperren, um ein Beispiel zu nennen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über Kitas und Schulen und dass die Kitas grundsätzlich offenbleiben, wurde schon gesprochen. Man muss es aber auch nicht in Anspruch nehmen, wenn man gerade jetzt die Ferienzeit hat. Wir haben die Schulen, wo wir in der Tat reagieren müssen. Allerdings brauchen - die Kollegin von Kalben hat es schon gesagt - die Schulen einen Vorlauf. Auch jetzt wird es wieder sehr schwierig und sehr eng.

Das touristische Betretungsverbot, was mit Hamburg ein besonderes Thema war, lassen wir. Wir wollen eng mit Hamburg zusammenarbeiten.

Thema Zweitwohnung: Das ist das Eigentum der Menschen. Ob die da sind oder in ihrem Erstwohnsitz, ist relativ egal.

(Beifall Jörg Hansen [FDP], Kay Richert [FDP], Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Keine Ausgangssperren in Schleswig-Holstein - das ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Punkt. Auch da müssen wir deutlich machen: Das ist eher ein Placebo, das wir dort teilweise verabreichen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wo willst du denn ab neun noch hin?)

Abschließend möchte ich sagen, auch mit Blick auf den Einzelhandel und so weiter: Wir müssen jetzt Panikkäufe verhindern. Das ist sehr schwierig. Aber die Wirtschaft braucht eben auch die Sicherheit, dass die Wirtschaftshilfen schnell kommen - ohne großes Gezeter und ohne große Diskussionen. Diese Botschaft muss heute sehr klar sein.

(Beifall FDP, Johannes Callsen [CDU] und Lars Harms [SSW])

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir sind solidarisch vor allem mit der älteren Generation. Aber wir müssen schauen, wenn es im Frühjahr wieder besser wird, auch die Jüngeren wieder stärker in den Blick zu nehmen, solidarisch zu sein und die Themen Bildung und Wettbewerbsfähigkeit zu diskutieren. Auch die Jungen brauchen das Signal: Auch euch haben wir ganz stark im Blick. Auch das sollten wir heute deutlich machen.

(Beifall FDP, Johannes Callsen [CDU] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Mein letzter Satz: Wir sollten sehr schnell eine Ministerpräsidentenkonferenz durchführen, klare,

**(Christopher Vogt)**

schnelle Beschlüsse fassen und klare Kommunikation betreiben. Nicht wieder alles zerreden, sondern klar entscheiden und klar kommunizieren, dann kommen wir - so glaube ich - auch gut durch den Winter. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchmal geht es wirklich schneller, als man denkt. Ich kann mich noch erinnern - es ist auch erst zwei Tage her -, da habe ich hier gestanden und gesagt: nicht jede Sau sofort wieder durchs Dorf treiben. Wir sollten vielleicht einmal an Beschlüssen festhalten, die wir für fünf, sechs oder sieben oder acht Tagen getroffen haben. - Heute - zwei Tage später - stehen wir hier, weil wir merken, dass so langsam, aber sicher eine Katastrophe auf uns zukommt. Da müssen wir eben die Hacken zusammenschlagen und schauen, wie wir das irgendwie hinbekommen können.

Ich finde es - das sei gleich im Vorwege gesagt - sehr gut, dass wir es wieder hinbekommen haben, miteinander zu kommunizieren und die Maßnahmen auch miteinander abzustimmen. Dafür auch herzlichen Dank an alle, die hier in irgendeiner Art und Weise an diesen Sachen beteiligt waren.

(Beifall SSW, CDU, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, ich habe den Einstieg so gewählt, weil ich vermute, dass es sein könnte, dass es hier Menschen gibt, die diese Pandemie mit einer normalen Grippe vergleichen werden. Zumindest bekomme ich solche Mails. Ich bin dann immer wieder erstaunt. Was mich immer wundert, ist, dass manchmal durchaus normale Menschen dahinterstehen. Da frage ich mich: Verdammt, wie kann das angehen? Wenn du einigermaßen klar denkend bist, müsstest du doch eigentlich wissen, was das bedeutet.

Deswegen möchte ich einen kleinen Vergleich ziehen: Bei der Grippe wird immer gesagt, es seien im Schnitt 15.000 Menschen, die in irgendeiner Art und Weise in Verbindung mit einer normalen Grippe ums Leben kommen. In den Höchstzeiten

waren es mal 25.000, wobei man sagen muss, dass man es gar nicht weiß, weil es Schätzungen sind. Wenn man genau schaut und zum Beispiel für das letzte Jahr nachvollzieht, wie viele laborbestätigte Todesfälle es in Zusammenhang mit einer Grippe gegeben hat, dann reden wir beim letzten Jahr von 1.674 Menschen. Davon ist natürlich jeder zu viel, aber man kann schon erahnen, was das im Vergleich zu dem bedeutet, was wir jetzt gerade mit der Pandemie haben.

Die Zahlen von heute - bestätigt, ohne irgendwelche Dunkelziffern, die man hochrechnet -: 21.064 Menschen, eine Steigerung innerhalb eines Tages um 604 Personen, das ist die Situation, in der wir jetzt leben müssen. Da kann mir keiner sagen, dass es eine normale Grippe sei. Da haben wir eine gottverdammte Verantwortung, eben auch dafür Sorge zu tragen, dass die Zahlen so niedrig wie möglich bleiben. Dass die Zahlen so sind, wie sie sind - sie sind viel zu hoch -, steht vor dem Hintergrund, dass wir schon die ganzen vielen harten Maßnahmen gemacht haben. Was wäre eigentlich passiert, wenn wir die nicht gemacht hätten? Mir soll keiner mehr ernsthaft kommen und sagen, das sei irgendwie eine Grippe. Das ist etwas Schlimmeres, und wir alle müssen dabei zusammenstehen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Wir werden jetzt die Ministerpräsidentenkonferenz haben. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er die Haltung der Landesregierung dazu kundgetan hat, die wir voll und ganz unterstützen können. Aber es ist eben eine Haltung der Landesregierung, und wir wissen ja noch nicht, auf was sich die Ministerpräsidenten einigen. Da gibt es durchaus den einen oder anderen schrägen Vogel unter den Menschen, die dort tätig sind,

(Beate Raudies [SPD]: Das stimmt auch!)

die durchaus für andere verkünden, was alles zu machen sei, aber selbst meist nichts tun und manchmal auch den Überblick verlieren. Da muss ich sagen: Unser Ministerpräsident ist da glücklicherweise anders.

(Beifall SSW, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Trotzdem möchte ich eben noch einmal deutlich machen, wie die Haltung des SSW zu diesen vielen Themen ist, die es da gibt. Ich möchte vielleicht eines vorausschicken: Inzwischen habe ich vor dem Hintergrund der Pandemie keine Schmerzen mehr damit, dass wir möglicherweise auch stark von anderen Bundesländern abweichende Regelungen

(Lars Harms)

treffen, wenn sie denn die Menschen hier vor Ort schützen. Das tun sie.

Von mir aus haben Sie die Genehmigung, auch Maßnahmen durchzusetzen, die zu denen möglicherweise keine Mehrheit oder keine Einigkeit in der Ministerpräsidentenkonferenz erzielt werden kann - vielleicht mit einer Ausnahme, die der Kollege Vogt gerade angesprochen hat: Auch ich bin froh, dass wir hier keine pauschal ausgesprochene Ausgangsbeschränkung verhängen. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Das ist emotional wichtig für die Menschen. Aber es ist natürlich auch wirklich die stärkste Einschränkung eines Grundrechts, die man sich denken kann, dass die Leute in irgendeiner Art und Weise an einen Ort fixiert werden müssen. Das wollen wir alle nicht.

Wenn es hohe Inzidenzzahlen gibt, wie wir sie aus anderen Bundesländer kennen, dann muss natürlich auch so etwas gemacht werden. Dann muss es Sperrstunden geben, dann muss es auch Ausgangsbeschränkungen geben. Derzeit ist das aber in Schleswig-Holstein nicht notwendig. Deshalb sollte das auch nicht allgemein auf Bundesebene festgelegt werden.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Christopher Vogt [FDP])

Über das, was den Einzelhandel und die Geschäftswelt angeht, dass wir die hoffentlich ab der kommenden Woche schließen und dass das bis zum 10. Januar 2021 - mindestens - passiert, braucht wohl kein Mensch mehr zu diskutieren. Das ist dringend notwendig.

Ich komme zur 5+2-Regel. Die ist ja jetzt neu. Da kommen wir jetzt von der Zehnerregelung - so möchte ich es einmal nennen - hin. Ich glaube, das ist richtig so. Es ist gut, dass man sich immer noch mit Menschen treffen kann. Das bleibt erhalten. Es ist auch gut, dass man eine Ausnahme für die Familie macht, sodass man sich vielleicht zum Weihnachtsfest oder zu den Festtagen mit zehn Menschen treffen kann. Das ist auch wichtig.

Ich möchte noch eins dazu sagen: Für uns als SSW reden wir bei Familie nicht nur von verheirateten Menschen mit Kindern, sondern wir reden auch von unverheirateten Partnerschaften, von Patchworkfamilien. Manchmal ist das etwas kompliziert, aber wenn wir es so festlegen, dass sich Familien treffen können sollen, dann sollten auch alle Formen von Familien diese Chance haben. Das darf man nicht zu eng sehen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und FDP)

Ein nächster Punkt ist der Bereich der Schule. Da müssen wir uns jetzt auch selbst korrigieren. Wir haben immer gesagt, Präsenzunterricht sei das Wichtigste, weil wir immer an die Kinder und Jugendlichen denken müssen, die aus schwierigeren, aus beengten Verhältnissen kommen. Deshalb haben wir immer gesagt, eine ordentliche Struktur in der Schule ist da immer noch besser als das Risiko der Pandemie. Wir merken jetzt aber, dass wir durch die Pandemie dazu gezwungen werden, unsere Haltung zu ändern.

Ich finde es richtig, dass die Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8 zu Hause beschult werden können und sollten. Es ist auch richtig, dass die Möglichkeit besteht, Kinder durch die Eltern vom Schulunterricht abmelden zu lassen.

Wir würden gern einen Hinweis geben, der über den 10. Januar 2021 hinausgeht. Ich möchte den Jugendlichen nichts unterstellen, aber wenn die nur halb so gestrickt sind wie ich damals, dann könnte es passieren, dass sie trotzdem Silvester feiern. Vor dem Hintergrund, dass wir wissen, wie eine Pandemie verläuft, wir also 14 Tage benötigen, um die Sicherheit zu haben, dass Menschen nicht mehr andere Menschen anstecken können, könnte es unserer Auffassung nach klug sein, auch noch die erste Woche nach den Ferien für diese Klientel, ab 8. Klasse und in den Berufsschulen, Online-Unterricht vorzusehen, sodass sie nicht in die Schule kommen. Ich glaube, das wäre klug. Vielleicht könnte man innerhalb der Landesregierung diskutieren, ob das nicht ein kluger Weg wäre.

Ein letzter Punkt ist die Frage: Was passiert nach dem 10. Januar 2021? Wir müssen genau auf die Zahlen achten, oder - besser gesagt - wir können da nichts ausschließen. Denn - der Ministerpräsident hat es ja gesagt - wenn es weiter so läuft und wir, selbst wenn die Zahlen ein kleines bisschen sinken, das Gefühl haben, dass es noch nicht überstanden ist, dass noch keine Lockerungen möglich sind, würde das bedeuten, dass wir Teile der Wirtschaft weiterhin dauerhaft nicht am Wirtschaftsleben teilhaben lassen.

Das führt automatisch zu der Frage: Wer zahlt es dann? Bisher haben wir die Gewissheit, bis zum 31. Dezember 2020 wird durch den Bund gezahlt. Unsere Auffassung ist: Da wir wissen, dass wir aus dem Landeshaushalt nicht riesige Summen, die nicht im Entferntesten diese Schäden abdecken könnten, herauschneiden können, muss gegenüber dem Bund ganz klar kommuniziert werden: Wenn wir für die Zeit nach dem 10. Januar 2021 feststellen, wir müssen einen weiteren Lockdown machen,

**(Lars Harms)**

stellt der Bund die entsprechenden Mittel bereit, damit den Unternehmen und den Beschäftigten entsprechend geholfen werden kann.

(Beifall SSW, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So viel zu unseren Wünschen für die Ministerpräsidentenkonferenz.

Ich glaube, auch das kann man sagen, dass wir das in der Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und den demokratischen Parteien bislang sehr gut hinbekommen haben - wieder und zum Glück. Ich finde es klasse, dass die Kommunikation hervorragend läuft.

Ich finde aber auch - darauf kann man auch ein kleines bisschen stolz sein, auch wenn manche sagen, man könne Norden und Süden nicht immer miteinander vergleichen -, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner schon klasse sind. Die meisten sind nämlich sehr besonnen. Ich kenne das auch aus meinem eigenen Umfeld und weiß, dass sich viele darüber Gedanken machen: Wo kann ich noch hingehen, was kann ich noch machen, welche Regel besteht gerade, was muss ich da für mein eigenes privates Leben bedenken? - Das machen die Leute verdammt gut, und ich bin den Leuten sehr dankbar dafür, dass das so gut geklappt hat.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

In dem Sinne hoffe ich, dass das weiter so bleibt. Ich hoffe, dass Sie alle, die hier im Hohen Haus sitzen, weiter gesund bleiben. Wir haben vor der Landtagstagung eine ereignisreiche Zeit gehabt, und die ereignisreiche Zeit wünsche ich weiterhin, vor allen Dingen aber wünsche ich allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern gute Gesundheit und dass wir gut durch die Zeit kommen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für den Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der Bundesgesundheitsminister sagte am 1. Sep-

tember 2020 - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Man würde mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, keine Friseure mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch mal passieren.“

Drei Monate später sieht alles danach aus, als würde dieses Versprechen des Bundesgesundheitsministers gebrochen werden. Ein harter Lockdown soll es jetzt sein, nach Möglichkeit so schnell wie möglich und noch vor Weihnachten. Endgültig entscheiden wollen Sie über die Maßnahmen, aber nicht auf der Grundlage der Daten und der tatsächlichen Infektionszahlen

(Unruhe)

und der Infektionslage hier in Schleswig-Holstein vor Ort, nein, Sie wollen erst mit Ihren Kollegen der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin konferieren und danach dann für das ganze Land pauschal entscheiden.

Absehbar wird es einen harten Lockdown geben, und zwar auf Grundlage des Infektionsgeschehens in anderen Bundesländern.

(Zurufe CDU: Nein!)

Das ist bei derartig weitreichend geplanten Eingriffen für Schleswig-Holstein in Gänze nicht angemessen, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf: Wir sind bei über 50! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Wir fordern ein abgestimmtes Handeln, abgestimmt auf das konkrete lokale Infektionsgeschehen und abgestimmt selbstverständlich auch mit den anderen Ländern.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Abgestimmtes Handeln darf aber nicht heißen: überall die gleichen Maßnahmen.

(Klaus Schlie [CDU]: Alles nur Rumgelabere! - Weitere Zurufe)

Richtig wäre vielmehr, die Kriterien festzulegen. Legen Sie Kriterien fest, einen Maßnahmenkatalog. Der kann dann auch in ganz Deutschland gelten. Aber auf der Grundlage dieser Kriterien muss dann vor Ort entschieden und gehandelt werden.

Eine Inzidenzampel kann dabei ein wichtiger Baustein sein, um eine Indikation zu haben, in welchen Gegenden Einschränkungen verschärft oder gelockert werden sollen.

**(Jörg Nobis)**

(Dennys Bornhöft [FDP]: Was meinen Sie, was hier los wäre, wenn wir das, was Sie immer vortragen, gemacht hätten!)

Danach müssen weitere Kriterien und Besonderheiten Berücksichtigung finden.

(Zurufe CDU und FDP)

Nach wie vor sind die Inzidenzzahlen für Nordfriesland mit 22,3, in Schleswig-Flensburg mit 15,9 oder auch in Ostholstein mit 30,4 noch im akzeptablen Bereich.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Noch! - Weitere Zurufe CDU)

In anderen Kreisen sieht es kritisch aus, ich weiß das, aber eben nicht landesweit, meine Damen und Herren. Wir unterstützen als AfD solche Maßnahmen, die auf ein lokales Infektionsgeschehen abgestimmt sind.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Ja, von Straßenzug zu Straßenzug! - Weitere Zurufe CDU und SPD)

Das können dann auch harte Maßnahmen sein, dagegen habe ich nichts. Die Rasenmähermethode allerdings ist weder zielgerichtet noch verhältnismäßig.

Lassen Sie mich dann noch zu einem weiteren Aspekt kommen, der regelmäßig zu kurz kommt. Sie und Ihre Kollegen, Herr Günther, handeln nach der Salamtaktik: Teil-Lockdown vom 2. November 2020 bis zum Monatsende; dann Verlängerung bis zum 20. Dezember 2020; dann verkünden Sie vor gerade einmal zwei Wochen die Verlängerung dieses Teil-Lockdowns bis zum 10. Januar 2021; versprechen zunächst Erleichterungen für Weihnachten; und jetzt soll doch ein harter Lockdown her, ohne Hotelübernachtung für Familienmitglieder zu Weihnachten.

(Klaus Schlie [CDU]: Nehmen Sie doch auch einmal die Werte zur Kenntnis, Herr Nobis!)

Mehr Herumgeeiere geht wirklich nicht.

(Klaus Schlie [CDU]: Nehmen Sie doch die Werte zur Kenntnis!)

Dabei teile ich Ihre Sorge, dass sich das Infektionsgeschehen weiter beschleunigen könnte

(Zurufe)

und dass es regional auch zu einer Überlastung des Gesundheitssystems kommen könnte.

(Klaus Schlie [CDU]: Könnte!)

Doch bei dieser Sorge behalte ich die Zahlen im Auge und stelle fest: So sehr, wie Sie das hier vortragen, haben sich die Zahlen in Schleswig-Holstein in den vergangenen zwei Wochen nicht geändert.

(Zuruf FDP: Haben Sie die Rede vor zwei Wochen geschrieben?)

als der von Ihnen angepeilte und möglichst schnelle möglichst harte Lockdown für das ganze Land gerechtfertigt erscheinen. Allemal gilt dies in den Landesteilen - ich habe es schon gesagt -, die nach ihren eigenen Kriterien - die Coronaampel haben Sie aufgestellt -

(Zuruf CDU: Schlimm, schlimm, schlimm!)

für sich betrachtet gänzlich ohne Einschränkungen auskommen könnten - genau wie im Sommer, weil der Inzidenzwert unter 35 liegt.

Vor diesem Hintergrund wiederhole ich unsere Forderungen und Grundsätze. Wir fordern Maßnahmen mit Augenmaß, räumlich begrenzt und an klaren Kriterien orientiert. Wir sagen deutlich -

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bitte kommen Sie zum Ende.

**Jörg Nobis [AfD]:**

- letzter Satz -: Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass derjenige konkret begründen muss, der Maßnahmen verschärft oder aufrechterhält, und nicht derjenige, der sie aufhebt. Wir verlangen Planungssicherheit.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bitte kommen Sie zum Ende, Herr Abgeordneter.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Die bieten Sie nicht. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Zuruf SPD: Mann, Mann, Mann!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/2649 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

**Für Rechtsstaatlichkeit in der gesamten EU!**

**(Vizepräsidentin Annabell Krämer)**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2626 (neu)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Regina Poersch.

**Regina Poersch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anfang November haben sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission auf einen Kompromiss zum Rechtsstaatsschutz geeinigt. In der Sache wäre sicherlich mehr möglich gewesen. Ein Erfolg ist der Kompromiss trotzdem.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Mit dem Beschluss, EU-Mittel stärker an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen, unterstreicht die Europäische Union einmal mehr, dass sie mehr ist als eine Zweckgemeinschaft oder ein Binnenmarkt mit gewissen Vorzügen.

Gerade wir Deutsche tun gut daran, nicht als Schulmeister des Kontinents aufzutreten. Die Mentalitäten in den Staaten unterscheiden sich, auch die politische Kultur und der Blick auf gemeinsame Projekte. Das ist eine Bereicherung, denn Europa ist vereint in Vielfalt. Diese Vielfalt darf aber nicht als Beliebigkeit missverstanden werden. Europa ist eine Werteunion, und das gemeinsame europäische Bekenntnis zu Rechtsstaat und Demokratie ist nicht verhandelbar.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist der entscheidende Punkt in den Auseinandersetzungen mit den Regierungen von Polen und Ungarn. Beide stellen demokratische Grundwerte wie eine unabhängige Justiz, den Schutz von Minderheiten, aber auch die Rechte von Frauen infrage. Beide profilieren sich mit scharfen Angriffen auf die Europäische Union, während sie gleichzeitig europäische Gelder nutzen, um nationale Prestigeprojekte zu finanzieren. Das muss die breite europäische Mehrheit nicht hinnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Die Einigung von Anfang November hat genau hier ein klares Zeichen gesetzt. Polen und Ungarn haben auf den Rechtsstaatmechanismus mit der Blockade

des Haushalts der Union reagiert. Das ist, wie ich finde, entlarvend, denn es zeigt, dass beide Regierungen mit ihren Bestrebungen zum Abbau des Rechtsstaats noch lange nicht am Ziel sind. Es zeigt aber auch, dass der Mechanismus bei allen Schwächen wirken kann. Darum ist es gut, dass durch das Ergebnis des gestrigen Gipfels keine weitere Verwässerung des Mechanismus droht. Das ist der Erfolg der Verhandlungen auch der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn bedauerlich ist, dass die Durchsetzung in der Praxis wahrscheinlich deutlich verzögert wird, da zu erwarten ist, dass Polen und Ungarn von der Möglichkeit Gebrauch machen werden, den EuGH - -

(Von der Besuchertribüne aus werden Fotos gemacht - Glocke Präsidentin)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Entschuldigen Sie. - Ich habe Sie jetzt das zweite Mal ermahnt, keine Fotos auf der Tribüne zu machen. Sollte das noch einmal passieren, werde ich Sie bitten, sofort die Tribüne zu verlassen.

Entschuldigten Sie bitte. - Fahren Sie fort.

**Regina Poersch [SPD]:**

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Ich will sagen, dass es vermutlich schwierig wird, diesen Mechanismus in der Praxis durchzusetzen, denn es ist zu erwarten, dass Polen und Ungarn den EuGH zur Überprüfung anrufen werden. Für die Zeit des Verfahrens ist die Anwendung des Mechanismus ausgesetzt.

An dieser Stelle habe ich große Sympathien für Überlegungen aus dem Parlament, den EuGH, den Hüter der europäischen Verträge, schnellstmöglich anzurufen, um zu verhindern, dass die Regierungen von Ungarn und Polen auf Zeit spielen. Wir wissen, dass die beiden kein Interesse an einer schnellen Klärung haben.

(Beifall SPD, SSW, Tim Brockmann [CDU] und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte die Blockade des Haushalts angedauert, wäre auch der Wiederaufbau blockiert gewesen, der als Reaktion auf die teils dramatischen Folgen der Coronakrise auf den Weg gebracht wurde. Das war kein Kollateral-

**(Regina Poersch)**

schaden, sondern bewusstes Kalkül. Die Regierungen Polens und Ungarns haben riskiert, dass ihre eigene Bevölkerung auf Unterstützung verzichten muss. Das ist vor allem aber zutiefst unsolidarisch gegenüber denjenigen Ländern, die noch dringender auf die Hilfe angewiesen sind. Ich habe hier schon oft gesagt: Europäische Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir tun gut daran, die Situation in Polen und Ungarn differenziert zu beurteilen. So befremdlich das Verhalten der Regierungen ist, darf doch nicht aus dem Blick geraten, wie viele Menschen insbesondere in Polen in den vergangenen Wochen für den Rechtsstaat, aber auch gegen die unerträgliche Verschärfung des Abtreibungsrechts auf die Straße gegangen sind. Das ist ein großartiges Engagement.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt zu hoffen, dass auch in Ungarn die demokratische Opposition noch mehr Rückenwind bekommt.

Der Rechtsstaatsschutz ist einer der wichtigen Pfeiler der EU und gleichzeitig leider durch das Verhalten einzelner Mitgliedstaaten eine wichtige Herausforderung. Ich betone: Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass sie vor antidemokratischen Bestrebungen in ihren jeweiligen Ländern geschützt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Vorgängerinnen und Vorgänger haben uns mit dem Projekt Europa ein großartiges Erbe hinterlassen. Lassen wir nicht zu, dass es von Nationalisten und Egoisten zerstört wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hartmut Hamerich.

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke von dieser Stelle aus der SPD für die Initiative, diesen grundsätzlichen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, auch wenn er die Landespolitik nicht direkt berührt. Die schnelle Einigung auf einen gemeinsamen Antrag unterstreicht die große Einigkeit der demokratischen Parteien in diesem Parlament in der Frage der Rechtsstaatlichkeit in der EU. Uns alle

treibt die Sorge, dass diese Grundwerte in einigen Mitgliedstaaten in großer Gefahr sind und damit an den Grundfesten der Europäischen Union gerüttelt wird.

Gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union ist Rechtsstaatlichkeit einer der Grundwerte der EU. Die Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass die Staatsgewalt zu jeder Zeit innerhalb des von der Gesetzgebung vorgegebenen Rahmens handelt, die Demokratie und die Werte der Grundrechte wahrt sowie der Kontrolle unabhängiger und selbstständiger Gerichte unterliegt.

Zur Rechtsstaatlichkeit gehören unter anderem die folgenden vom Gerichtshof der Europäischen Union und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anerkannten Prinzipien: Grundsätze der Gesetzmäßigkeit, Rechtssicherheit, Willkürverbot der Exekutiven, wirksamer Rechtsschutz, garantiert von unabhängigen und unparteiischen Gerichten, wirksame gerichtliche Kontrollen inklusive Achtung der Grundrechte, Gewaltenteilung zwischen Staatsorganen und Gleichheit vor dem Gesetz. Auch das Prinzip der freien Presse und Berichterstattung gehören zu den demokratischen Grundwerten der Europäischen Gemeinschaft.

Zu diesen Grundwerten haben sich alle Mitgliedstaaten mit ihrem Beitritt in die Europäische Union bekannt. Sowohl in Ungarn als auch in Polen verstärken sich die Maßnahmen, um regierungskritische Stimmen und Aktivitäten zu diskreditieren. Die Medien werden immer stärker kontrolliert und auf Regierungsfreundlichkeit getrimmt. Gesetze werden beschlossen, die die Unabhängigkeit der Justiz untergraben, und die Gewaltenteilung wird geschwächt. Erst am Mittwoch konnten wir lesen, dass in Polen ein staatlicher Energiekonzern 20 regionale Zeitungen übernommen hat. Gegen beide Staaten läuft ein EU-Vertragsverletzungsverfahren.

Bislang wirkt die EU aber bei der Kontrolle oft wie ein zahnloser Tiger. Die Durchschlagskraft der möglichen Maßnahmen ist sehr begrenzt. Leider sind auch in weiteren osteuropäischen Staaten wie Bulgarien, Rumänien oder Slowenien rechtsstaatliche Prinzipien unter Druck geraten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Höhepunkt der Auseinandersetzung ist die Verweigerung von Polen und Ungarn, ihre Zustimmung zu dem 1,8 Billionen € schweren Finanzpaket - bestehend aus dem mehrjährigen Finanzrahmen - zu geben. Das ist jetzt seit gestern bereinigt. Ich bin froh und stolz, dass dieser Erfolg gelungen ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

(Hartmut Hamerich)

Wie es allerdings möglicherweise zu einer gewissen Einsicht gekommen ist, hängt sicherlich damit zusammen, dass es einen Brandbrief von 300 Bürgermeistern und Oberbürgermeistern aus Polen und Ungarn an die Kommissionspräsidentin gegeben hat. Die Aussage des Posener Oberbürgermeisters, dass dieser Staat die EU nur als Kuh sieht, die gemolken werden kann, sagt ein Weiteres.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich glaube, dass wir uns darauf verständigen müssen, wie man diesen negativen Entwicklungen begegnen kann. Nach meiner und nach unserer Auffassung ist damit eine Schwelle erreicht, die nicht überschritten werden darf. Die Grundwerte sind nicht verhandelbar. Die Glaubwürdigkeit der EU ihren Bürgern gegenüber, aber auch nicht europäischen Ländern gegenüber darf keinen Schaden nehmen. Unsere Bürger setzen darauf, dass gleiches Recht für alle gilt. 80 % der Deutschen halten nach dem letzten Deutschlandtrend den geplanten Rechtsstaatsmechanismus für richtig. Wer Geld von der EU erhält und sich nicht an Grundregeln von Rechtsstaat und Demokratie hält, der darf diese Finanzmittel auch nicht in Anspruch nehmen.

Wie das umsetzbar ist, dazu vermag ich keinen Lösungsvorschlag hier einzubringen. Ich glaube aber, wir sind uns einig darüber, dass wir das zu kontrollieren haben.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Ich weiß auch nicht, ob das Einstimmigkeitsverfahren der EU der richtige Weg ist, sodass die, die am meisten von diesem Problem betroffen sind, dafür sorgen können, dass das ausgehebelt wird. Ich glaube, wir müssen daran arbeiten, dass sich nichts gegen eigene Grundwerte richten kann. Das halte ich für wichtig. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erfolg der Europäischen Union beruht nicht nur auf der Schaffung von Frieden, sondern auch auf dem Konsens über gemeinsame Grundwerte. Auf diesen Konsens haben sich alle Mitgliedstaaten durch Artikel 2 des EU-Vertrags

verständigt und sich ihm so verpflichtet. Es ist zwar richtig, dass die EU gegenüber beitragswilligen Staaten auf der Grundlage der sogenannten Kopenhagener Kriterien fordernd und disziplinierend auftreten kann und auch strenge Auflage durchsetzen kann. Falsch ist aber, dass dies nicht mehr in der Konsequenz erfolgt, wenn der Beitritt erst einmal erfolgt ist.

Mit dem Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020 wurde von der Kommission erstmals eine Bestandsaufnahme der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchgeführt. Das beruht im Grunde auf dem Prinzip der internationalen Zusammenarbeit des Namings and Shamings. Viel mehr ist das im Grunde nicht. Und eigentlich setzt sich immer mehr das Prinzip durch: Naming without Shaming, und das wiederholt sich immer und immer wieder. Die EU darf nicht wegsehen, wenn einzelne Regierungen wie neuerdings in Slowenien, besonders aber in Polen und Ungarn die Demokratie in ihrem Land schwächen.

Im November 2020 haben sich die Kommission, der Rat und das Europäische Parlament nach monatelangen Verhandlungen auf die Einführung einer Rechtsstaatkonditionalität geeinigt, das heißt auf die Verknüpfung der Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien mit dem EU-Haushalt und dem Wiederaufbaufonds Next Generation EU, und das ist auch gut so. Finanzkürzungen können bei Verfehlungen mit qualifizierter Mehrheit der Mitgliedstaaten eingeleitet werden. Der Nachweis von Verfehlungen, wir wissen es alle, ist nicht einfach, er ist schwierig. Aber allein, dass es eine Rechtsstaatkonditionalität geben könnte, stellt im Grunde schon einen Erfolg dar.

Es ist uns wichtig, dass alle Kommunen, Städte und Regionen in den betroffenen Mitgliedstaaten so wenig wie möglich unter diesen autoritären Staatsoberhäuptern leiden müssen. Hartmut hat es eben bereits gesagt: Es sind inzwischen 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Ungarn und Polen, die diesen Brief unterschrieben haben. Eingeleitet wurde er im Grunde durch eine sehr breite Allianz eines grünen Bürgermeisters in Budapest und eines konservativen Bürgermeisters, Rafal Trzaskowski, in Warschau. Das zeigt aber auch, was in diesen Ländern los ist. Ich sage später noch einiges mehr dazu.

Daraus folgt einerseits, dass für die Nationalregierung unliebsame Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Ländern systematisch finanziell beschnitten werden. Andererseits gilt natürlich auch: Wenn es gelingen sollte, Mittel einzubehalten, dann

**(Bernd Voß)**

werden diese auch nicht mehr dorthin fließen. Daher ist es eine Option, dass die EU erheblich mehr als bisher Städten, Regionen und Kommunen direkt den Zugang zu EU-Fonds ermöglichen sollte. Dafür müssen Kommunen und Regionen natürlich jeweils nachweisen, dass eine strikte Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Transparenz sichergestellt ist. So kann Förderung nicht nur schneller, sondern auch zielgenauer gehen. Ich glaube, das sollte man sich auch einmal überlegen. Es ist auch ein Zeichen von Solidarität, nicht alle über einen Kamm zu scheren und rechtsstaatliche Strukturen überall in Europa zu stärken.

Wie ist jetzt die Einigung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs von gestern zu bewerten? Das Vetorecht einzelner Länder ist an dieser Stelle weg, und damit besteht die Möglichkeit, 1,8 Billionen € auszuteilen. Aber allein aus dem jetzt laufenden EU-Haushalt - denn dafür gilt diese Abmachung nicht - kann Ungarn noch über 10 Milliarden € abrufen, Polen noch über 40 Milliarden €. Wenn im Zusammenhang mit den Mitteln des neuen EU-Haushalts der Europäische Gerichtshof angerufen wird, dann dauert die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit noch einmal Jahre. Es muss endlich aufhören, dass Autokratinnen und Autokraten in Europa sich weiter scheinbar bedingungslos subventionieren lassen und subventioniert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Stephan Holowaty [FDP])

Anders als geplant, und ich glaube, das muss man sich immer wieder vor Augen führen, sind für den neuen Rechtsstaatmechanismus nur Verstöße gegen Haushaltsfragen, nicht aber gegen Pressefreiheit, Meinungsfreiheit oder die Unterdrückung von Minderheiten maßgeblich. Es werden weiter Fakten geschaffen. Kaum ein entlassener Richter wird wiedereingestellt; kaum eine Redaktion wird wiedereröffnet; kein zerstörter Ruf wird wiederhergestellt; und auch kein Unternehmen, das zerstört wird, wird irgendwie wiederaufgebaut werden, wenn der Europäische Gerichtshof Unregelmäßigkeiten bestätigt.

Es ist eine Chance vertan worden, autokratische Länder endlich in rechtsstaatliche Grenzen zu weisen. Bei allem Respekt vor dem gestern Erreichten: Wir tun uns keinen Gefallen, das Beseitigen des Vetos gegen den Haushalt an dieser Stelle als großen Erfolg zu feiern.

Aber ich sage auch etwas Positives: Die Bürgerinnen und Bürger von Polen haben vor 40 Jahren mit der Solidarnosc-Bewegung begonnen, für die Freiheit von einem autokratischen Staat zu demonstrieren

und für die Öffnung Europas zu streiten. Sie haben es geschafft. Wir brauchen heute in allen Ländern Europas starke Kräfte für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ohne sie ist der Rechtsstaat der Verlierer dieser Entwicklung, und ich glaube, das darf nicht sein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

**Stephan Holowaty [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Rechtsstaatlichkeit wird in der EU auch weiterhin ein schwieriges Thema bleiben; das zeigen auch die Ereignisse der letzten Tage. Es ist eben nicht so: Ende gut, alles gut.

Seit gestern ist zwar der Streit zwischen Ungarn und Polen auf der einen Seite und der EU auf der anderen Seite um die Blockade des EU-Haushalts und der Corona-Hilfspakete aufgelöst - vorläufig! Und - auch das ist wichtig - erstmals besteht zumindest eine klitzekleine Aussicht darauf, dass die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in den Mitgliedsländern gekoppelt wird. Das ist übrigens ein ganz großer Erfolg für die liberale Parteienfamilie in Europa. Denn es darf sehr klar gesagt werden: Gäbe es im Europaparlament nur die alte große Koalition, hätte es vermutlich nicht einmal diesen minimalen Erfolg gegeben; dann hätten sich Ungarn und Polen sehr einfach durchgesetzt.

(Beifall FDP und Tim Brockmann [CDU])

Ich erinnere nur daran, dass es die EVP bislang noch nicht einmal geschafft hat, die ungarische Fidesz wirklich komplett vor die Tür zu setzen.

(Beifall FDP und Wolfgang Baasch [SPD])

Gerade die liberalen Parteien sind es, die entschieden darauf bestehen, dass Geld nur in die Länder fließen kann, die die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit der EU nicht verletzen.

Es ist für mich dennoch nicht befriedigend, dass das Thema zunächst lediglich auf die Tagesordnung eines EU-Gipfels kommt. Diejenigen, denen Rechtsstaatlichkeit nicht so wichtig ist, haben nämlich nach wie vor beste Karten. Nach den geltenden Verträgen muss der EU-Haushalt einstimmig, das heißt

(Stephan Holowaty)

von allen Mitgliedstaaten, beschlossen werden. Das ist das Recht, das sind die Verträge, und so einfach geht das auch nicht weg - so sehr wir es uns wünschen und unabhängig davon, was wir heute hier im Landtag an guten Ideen, die wir in unseren gemeinsamen Antrag aufgenommen haben, beschließen mögen.

Immerhin: Es ist nun gelungen, Polen und Ungarn von ihrem Veto gegen den so wichtigen und so zukunftsorientierten EU-Haushalt und damit auch gegen die Coronahilfen abzubringen. Stattdessen ist es gelungen, das Thema Rechtsstaatlichkeit erneut auf die Agenda zu setzen. Grundlage der EU, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sind die gemeinsamen Werte. Ohne gemeinsame Werte gibt es kein gemeinsames Europa, keine gemeinsame EU.

(Beifall FDP)

Bisher ist es immer so gewesen, dass die gemeinsamen Werte im Rahmen des Aufnahmeverfahrens eines Beitrittskandidaten genau betrachtet wurden. Die Verhandlungen mit der Türkei stocken ja genau an dieser Stelle, und zwar völlig zu Recht!

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn aber ein Staat erst einmal Mitglied ist, dann geben die heutigen Verträge kaum wirksame Möglichkeiten zur weiteren Einwirkung. Die Maßnahmen nach Artikel 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Arbeitsweise der EU sind an die Einstimmigkeit des Europäischen Rates geknüpft. An die Einstimmigkeit - und da liegt der Fehler!

(Beifall FDP)

Die Menschen in Ungarn und in Polen haben sich leider entschieden, Regierungen zu wählen, für die Rechtsstaatlichkeit und die gemeinsamen europäischen Werte eben nicht ganz oben stehen. Wir beschreiben in unserem Antrag gemeinsam konkrete Maßnahmen, mit denen sichergestellt werden soll, dass grundlegende europäische Werte eingehalten werden und Gelder der EU nur an die Mitglieder der Wertegemeinschaft fließen.

(Beifall FDP)

Dies erfordert aber eine grundlegende Reform der Europäischen Union und ihrer Verträge. Wir müssen erreichen, dass sich die EU auf demokratischem Weg weiterentwickeln kann. Es kann nicht sein, dass der EU-Haushalt immer wieder dafür verwendet wird, Partikularinteressen durchzusetzen und gegen die gemeinsamen Werte zu verstoßen.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche ist Giscard d'Estaing, der frühere französische Präsident, verstorben. Vor 20 Jahren hatte Giscard den letzten Europäischen Verfassungskonvent geleitet. Eine Europäische Verfassung, verbrieft Rechte und Werte - dann hätten wir heute auch eine andere Situation.

Sie alle kennen das Schicksal des Europäischen Verfassungsvertrages von 2004. In Frankreich und den Niederlanden scheiterten die Volksabstimmungen hierüber. Auch heute gibt es Vorschläge für eine Neufassung der europäischen Verträge und der europäischen Institutionen. Es ist aus meiner Sicht ein Trauerspiel, dass die Große Koalition in Berlin auf die Vorschläge von Emmanuel Macron - über die man durchaus im Einzelnen diskutieren kann - noch nicht einmal qualifiziert geantwortet hat. Damit wird eine große Chance vertan.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Haushaltsverhandlungen als Hebel zu nutzen, kann jetzt die Tür zu Reformen zumindest einen kleinen Spalt öffnen. Was immer wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag - hoffentlich mit großer Mehrheit der demokratischen Fraktionen - jetzt beschließen werden, so müssen wir am Ende auch konstatieren: Es wird auch in Zukunft am politischen Willen der Mehrheit der Menschen, gerade in Polen und Ungarn, liegen, in demokratischen Wahlen Regierungen zu wählen, die für die Rechtsstaatlichkeit, für die gemeinsamen Werte des freien Europas einstehen und diese auch gemeinsam mit der gesamten europäischen Familie durchsetzen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

### **Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

### **Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Europäische Union ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft. Ihre Grundwerte sind in Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union verankert und lauten: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit - und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte. Indem wir diese Werte achten und fördern, fördern und erhalten wir den

**(Jette Waldinger-Thiering)**

Frieden und das Wohlergehen auf unserem Kontinent.

Im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 hatte sich die Bundesregierung vorgenommen, insbesondere das Thema Rechtsstaatlichkeit voranzubringen - eine offenkundig wichtige und richtige Entscheidung. Wir beobachten schließlich seit längerem, dass die rechtsstaatlichen Grundsätze in einigen Mitgliedstaaten leider zunehmend unter Druck geraten. In unserem interfraktionellen Antrag nehmen wir Bezug auf diese Problematik. Die Wahrung der Grundwerte in der EU ist eben kein Selbstgänger, sondern muss gepflegt und noch weiter gestärkt werden. Und: Bei Missachtung müssen notfalls auch harte finanzielle Sanktionen möglich sein. Denn es kann doch nicht sein, dass die EU nur dann gut genug ist, wenn man als Mitgliedstaat auf der einen Seite auf seine Rechte pocht und viel Geld erhält, man auf der anderen Seite aber die gemeinsamen Pflichten und Werte missachten kann, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen. Hier muss die Staatengemeinschaft handeln; denn die Grundwerte der EU sind nicht verhandelbar.

Gestern Abend erreichte uns dann ja die Nachricht, dass der zwischenzeitlich auf dem aktuellen EU-Gipfel vorgelegte Kompromissvorschlag zum EU-Haushalt, zu den Coronahilfen sowie der Rechtsstaatsklausel angenommen worden ist. Die Fronten waren lange Zeit verhärtet gewesen. Konkret ging und geht es um einen neuen Mechanismus, der es der EU erlauben soll, Zahlungen an Mitgliedstaaten auszusetzen, wenn diese gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen. Eine solche Verletzung wird im Zweifelsfall übrigens nach einem rechtsstaatlichen Verfahren vom EuGH festgestellt - oder eben auch nicht. Und der EuGH wird nun auch zunächst einmal über die Rechtmäßigkeit dieses neuen Verfahrens entscheiden, was wohl nicht vor 2022 der Fall sein wird. Das sollte einmal festgehalten werden.

Es ist nun wahrlich alarmierend, dass einige Mitgliedstaaten die EU-Grundwerte immer offener angreifen und bei sich vor Ort aushöhlen. Eben jene Mitgliedstaaten konnten gleichzeitig diesen geplanten Rechtsstaatsmechanismus mit ihrem Veto lange blockieren. Möglich ist dies, da in dieser sensiblen Angelegenheit Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist.

Dieses Einstimmigkeitsprinzip steht ja nun schon seit Jahren in der Diskussion: Für die einen macht es die EU unflexibel und lähmt sie auf der weltpolitischen Bühne. Für die anderen geht es dabei um

die grundlegende Souveränität der Staaten und die Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen zu finden, statt Entscheidungen per qualifizierter Mehrheit gegen einzelne Länder zu erzwingen.

Erklären, überdenken, überzeugen, einigen!

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der berühmte Kompromiss ist jedes Mal wieder ein hartes Stück Arbeit, das die Mühen aber wert ist. Er bringt Lösungen, die von wirklich allen mitgetragen werden können. Gleichzeitig sollten wir aber selbstbewusst auftreten, wenn es um die eingangs genannten Grundwerte der EU geht. Und das hat nichts mit Bevormundung zu tun, sondern mit der Einhaltung von Verträgen und demokratischen Grundprinzipien. Schließlich haben sich alle Mitgliedstaaten der EU vertraglich zu rechtsstaatlichen Prinzipien in ihren Ländern verpflichtet. Zudem sind Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Solidarität Werte, die uns Europäerinnen und Europäer auch ganz ohne formales Vertragswerk einen sollten.

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

Insgesamt kann die EU auf Dauer doch nur funktionieren, wenn sie aus Mitgliedstaaten besteht, die gemeinsame Grundwerte teilen. Diese Grundwerte gehören daher gestärkt und an die Auszahlung von EU-Geldern gekoppelt. Mit unserem gemeinsamen Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich genau dafür einzusetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt FDP)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort hat die fraktionslose Abgeordnete Fürstin Doris von Sayn-Wittgenstein.

**Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern wurde mit Polen und Ungarn ein Kompromiss ausgehandelt, der wohl auch das EU-Parlament passieren wird.

Es ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten, wie mit der Verknüpfung der Auszahlung von Finanzmitteln an vorgebliche Rechtsstaatlichkeit ein politisches Schwert gegenüber souveränen Mitgliedstaaten geschmiedet werden soll, um diese so zu disziplinieren.

**(Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein)**

Die schädlichen Folgen dieser Forderung haben nicht auf sich warten lassen. So fordert etwa der österreichische Politiker van Handel bereits öffentlich, dass sich die Visegrád-Staaten mit Österreich, Slowenien und Kroatien zu einem Mitteleuropa erheben, innerhalb der EU formieren, um zu vermeiden - ich zitiere mit Erlaubnis -, „dass Deutschland, Frankreich und ihre Mitläufer gnadenlos die kleinen christlichen Länder überrollen und ihre Identität zerstören“. - Wollen wir eine derartige Spaltung in Europa?

Der richtige Weg hinsichtlich der behaupteten Rechtsverletzung ist doch das Verfahren zum Schutz der Grundwerte nach Artikel 7 EU-Vertrag und nichts anderes.

Die Verbindung von Förderleistungen und angeblicher Rechtsstaatlichkeit hat in meinen Augen etwas von Erpressung souveräner Nationalstaaten und ihrer Völkeransicht. Dies lehne ich als Deutsche besonders im Hinblick auf unsere eigene Geschichte ab. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. - Das Wort hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch vom Zusammenschluss der AfD.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Verehrtes Präsidium! Verehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal für ein paar Bemerkungen zu dem Thema gemeldet, das sehr wichtig ist. Ich bin für den Antrag auch sehr dankbar.

Ich möchte dem Kollegen Voß nur sagen, dass ich bei der Bezeichnung „Autokratie“ doch ein bisschen vorsichtiger wäre; denn Polen und Ungarn sind immer noch Demokratien, auch wenn wir wissen, dass deren Rechtsstaat in Gefahr ist. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Aber diese beiden Staaten sind doch noch von anderer Qualität als zum Beispiel Weißrussland oder die Türkei.

Zum anderen sehe ich es auch so, dass es ein politischer Fehler war, diese beiden Dinge zu verknüpfen. Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit - ja, unbedingt. Aber warum verknüpft man das mit den doch dringend benötigten Coronahilfen, die ja schon lange durch diese Verhandlungen, durch diese Konditionalität blockiert worden sind? Das hätte man aus meiner Sicht nicht machen sollen, dann wäre das Geld auch schneller geflossen. Die Rechtsstaatlichkeit hätte man auch anders feststellen können. Dafür gibt es andere Instrumentarien.

Der Bericht der EU-Kommission wurde eben schon erwähnt. Auch das finde ich sehr wichtig, dass das einmal untersucht wird. Denn wir wissen schon sehr lange, dass Gelder, die dringend benötigt werden, in manchen Ländern auch durch Korruption abfließen, dass es die Unabhängigkeit der Medien leider nicht überall gibt, in der Slowakei zum Beispiel nicht. Aber lustigerweise ist die Unabhängigkeit der Medien laut Bericht auch in Österreich oder in Luxemburg gefährdet. Und auch Deutschland kommt in dem Bericht vor; das dürfen wir nicht verschweigen. Denn hier wird festgestellt, dass die Staatsanwaltschaften immer noch weisungsgebunden sind. Dies wird also auch negativ festgestellt. Insofern müssen wir uns breiter aufstellen, was das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und deren Überprüfung bedeutet.

Die EU selber - das darf man auch nicht verhehlen; deshalb habe ich hierzu auch einen aktuellen Artikel mitgebracht - hat nicht nur die eigenen Verträge von Maastricht, Schengen, Dublin - ich habe es hier schon öfter gesagt - verletzt, sondern sie verletzt aus Sicht von Experten - ich bin nun kein Jurist - auch jetzt mit diesem neuen Finanzpaket - ich rede von den Coronahilfen - die eigenen Regeln. Denn man bezieht sich bei diesen Coronahilfen auf § 122, der für den Katastrophenfall vorgesehen ist. Danach soll die Versorgungssicherheit gewährleistet werden. Aber wir wissen doch auch alle, dass mit den Coronahilfen eben nicht nur der Katastrophenfall sozusagen geheilt werden soll, sondern dass eben auch der Klimaschutz und die Digitalisierung nach vorne gebracht werden sollen. Insofern ist das eine Zweckentfremdung, die durchaus juristisch anfechtbar ist.

Die andere Seite ist die Rückzahlung; diese ist nicht klar geregelt. Die Rückzahlung der Hilfen, die zum Teil aus Zuschüssen und nicht aus Krediten bestehen, soll ja aus den Mitgliedsbeiträgen der Mitgliedstaaten erfolgen. Auch das ist gefährlich; denn das würde gegen das Haushaltsrecht verstoßen.

Zuletzt zitiere ich noch kurz den Europarechtler von der Humboldt-Universität, Herrn Professor Ruffert. Der hat in einem aktuellen Artikel, den ich mit Erlaubnis des Präsidiums zitiere, gesagt:

„Mit dem Finanzpaket soll ein vorher nicht vorhandener Finanzausgleichsmechanismus etabliert werden. Das entspricht qualitativ einer EU-Vertragsänderung.“

Der Bundestag möchte dem Paket mit einfacher Mehrheit zustimmen, nötig wäre jedoch eine Zweidrittelmehrheit.

(Volker Schnurrbusch)

„Das ist eine Einladung zu einer Verfassungsbeschwerde.“

Ich stelle also fest: Rechtsstaatlichkeit ja, aber das gilt auch für die EU selber. - Danke schön.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Claus Christian Claussen.

**Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Rechtsstaatlichkeit liegt mir aufgrund meiner Zuständigkeit für Justiz und Europa besonders am Herzen. Ich hatte deshalb den ersten Rechtsstaatsbericht der EU-Kommission mit Spannung erwartet. Ende September 2020 wurde der Bericht veröffentlicht, und er enthält eine Bestandsaufnahme der jüngsten Entwicklungen in den Mitgliedstaaten, und zwar mit Blick auf die Unabhängigkeit der Gerichte, die Korruptionsbekämpfung sowie die Medienfreiheit und Medienvielfalt.

Auf der Grundlage dieses Berichtes wird es fortan regelmäßig Aussprachen im Rat geben - sowohl zur Lage der Rechtsstaatlichkeit der EU im Allgemeinen als auch zu den spezifischen Situationen in allen Mitgliedstaaten. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft wurde mit diesem Dialog bereits begonnen.

Ich selbst habe den neuen Bericht der EU-Kommission zum Anlass genommen, mit Vertretern aus Justiz, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU zu erörtern. Für mich ist klar - das wurde auch bei unserer Diskussionsveranstaltung Ende Oktober in Kiel deutlich -: Die Zielsetzung des neuen Rechtsstaatsmechanismus ist richtig. Wir müssen in der EU den Dialog der Rechtsstaatlichkeit vertiefen.

Wir müssen ihn erstens darüber vertiefen, was Rechtsstaatlichkeit ausmacht; denn es ist offensichtlich so, dass dieser Grundwert unterschiedlich interpretiert wird, sei es aufgrund verschiedener Rechtstraditionen oder auch aus historischen Gründen.

Zweitens brauchen wir einen Austausch darüber, welche Entwicklungen in den Mitgliedstaaten die Kernelemente von Rechtsstaatlichkeit berühren.

Eine gegenseitige Beschau unter allen 27 Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Rechtsstaatsberichts der EU-Kommission kann hierfür nur hilfreich sein; denn wir müssen mit Offenheit und Ehrlichkeit in diesen Dialogprozess eintreten. Das heißt, dass wir bei der Beurteilung weder nationale Maßstäbe anlegen noch einzelne Mitgliedstaaten eine Sonderbehandlung zukommen lassen dürfen und dass wir auch in Deutschland genau hinschauen müssen, wie es hierzulande um die Rechtsstaatlichkeit steht.

Ich bin deshalb zuversichtlich, dass die Aussprache im Rat zu den einzelnen Länderkapiteln des Berichts einen Erkenntnisgewinn für alle Mitgliedstaaten mit sich bringen wird und dass das neue Dialogformat die Chance bietet, voneinander zu lernen und Herausforderungen frühzeitig zu erkennen. Klar ist aber auch, der neue Rechtsstaatsmechanismus kann mit seinem präventiven Charakter lediglich eine Ergänzung der reaktiven Instrumente sein. Das heißt also, Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit müssen auch weiterhin mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt werden. Dazu gehört neben dem Vertragsverletzungsverfahren und dem Artikel-7-Verfahren eben auch, die Rechtsstaatskonditionalität und zukünftig die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in den Mitgliedstaaten bei der Vergabe von EU-Mitteln berücksichtigen zu können.

Die Landesregierung hat sich stets für eine starke Rechtsstaatskonditionalität ausgesprochen. Ich habe deshalb den zunächst zwischen Rat und Europäischem Parlament erzielten Kompromiss für diesen Konditionalitätsmechanismus sehr begrüßt. Ich verhehle nicht, dass der gestern Abend vom Europäischen Rat erzielte Kompromiss, die Einigung mit Ungarn und Polen über die Anwendungshinweise zu diesem neuen Mechanismus, hinter dem zurückbleibt, was wir innerhalb der Landesregierung zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit als sinnvoll erachtet haben. Ich hätte mir einen weiteren Anwendungsbereich gewünscht, damit die Konditionalitätsregelung eben nicht nur Rechtsstaatsverstöße mit negativen Auswirkungen auf die finanziellen Interessen der EU erfasst. Aber auch der neue Konditionalitätsmechanismus ist noch nicht ganz in trockenen Tüchern. Einige EU-Parlamentarier, die dem Gesamtpaket aus künftigem mehrjährigen Finanzrahmen, Corona- Wiederaufbauprogrammen und Konditionalitätsmechanismus noch zustimmen müssen, haben bereits ihren Unmut über die gestern von den Staats- und Regierungschefs vereinbarten Anwendungshinweise zur Rechtsstaatskonditionalität kundgetan. Gleichwohl meine ich, dass hier ein erster Schritt besser ist als kein Schritt.

**(Minister Claus Christian Claussen)**

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, die EU-Kommission hat mit ihrem ersten Rechtsstaatsbericht aufgezeigt, dass die Rechtsstaatlichkeit in der EU trotz zahlreicher positiver Entwicklungen zunehmend unter Druck gerät. Wir sollten deshalb jetzt gemeinsam alles daransetzen, den neuen Rechtsstaatsmechanismus mit Leben zu füllen. Hierbei darf es aus meiner Sicht jedoch nicht bleiben. Wir sollten zugleich den Blick nach vorne richten und die bevorstehende Konferenz zur Zukunft Europas dazu nutzen, um über Möglichkeiten zu diskutieren, wie sich die etablierten Sanktionsmechanismen, insbesondere das Artikel-7-Verfahren, effektiver gestalten lassen. Vertragsänderungen dürfen dabei kein Tabuthema sein. Die Landesregierung wird sich insoweit auch in diese Debatte aktiv einbringen.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Bemerkungen machen. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die Medaille, die durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geprägt wird, ist die Freiheit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn wir in der Exekutive oder in der Legislative Situationen haben, in denen die Freiheit unter Druck kommt, dann ist es nicht nur in Polen und nicht nur in Ungarn, sondern in der ganzen EU und eigentlich auch weltweit die Aufgabe einer starken, unabhängigen und korruptionsfreien Justiz, diese Freiheit als letztes Bollwerk zu verteidigen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zu.

Wir kommen jetzt zu den Kurzbeiträgen. Gemeldet hat sich die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein.

**Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich bei unserem Justizminister ausdrücklich für diese ausgewogene und sehr reflek-

tierte Stellungnahme bedanken, die mir sehr gut gefallen hat.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich möchte aber die Gelegenheit aufgreifen und von Ungarn sprechen. Gerade wir Deutschen tun im Hinblick auf unsere jüngste Geschichte gut daran, uns daran zu erinnern, dass es Ungarn war, das in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 seine Grenze öffnete, sodass Zehntausende Menschen aus der DDR in den Westen gelangen konnten. Ich zitiere - mit Erlaubnis der Präsidentin - aus der Meldung der Bundesregierung:

„Ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Fall des ‚Eisernen Vorhangs‘.“

Hierfür sollten wir Ungarn dankbar sein

(Zuruf: Sind wir auch!)

und seine damalige, auch für Ungarn nicht ungefährliche Geste nicht mit Erpressung und Intoleranz vergelten. - Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Herr Minister Claussen hat sich noch einmal zu einem Wortbeitrag gemeldet.

**Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier nicht missverstanden werden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich bin nicht hier, um mich bei Frau Wittgenstein beliebt zu machen, sondern ich bin hier, um bestimmte Prinzipien zu vertreten, und ich glaube, das eine oder andere haben Sie eben nicht richtig verstanden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

In Ihrer Rede ist deutlich geworden, dass Sie versuchen, Dinge von den Füßen auf den Kopf zu drehen. Wenn Sie darüber reden, dass Ungarn oder Polen erpresst werden, dann ist das doch absurd. Wir reden über einen Mechanismus, der Einstimmigkeit erfordert. Wie soll man da denn jemanden erpressen?

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Erpresser ist doch derjenige, der unter Ausnutzung seiner Position, dass er nämlich zustimmen

**(Minister Claus Christian Claussen)**

muss, weil es sonst nicht vorangeht, die anderen unter Druck setzt und gegebenenfalls erpresst.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Insofern habe ich ja noch Hoffnung, dass Sie meine Rede missverstanden haben. Wie gesagt, ich bin nicht hier, um mich bei Ihnen beliebt zu machen. Ich hoffe, dass Sie über die Dinge, die ich gerade gesagt habe, noch einmal nachdenken. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort hat nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich glaube, Sie sind im Haus ganz richtig verstanden worden, übrigens von den Regierungsfraktionen und von den Oppositionsfraktionen. Aber man stellt halt immer wieder fest: Wir verwenden die gleiche Sprache, wir meinen jedoch nicht dasselbe. Dazu gehört eben, dass Grundwerte, die bei uns grundsätzlich gelten, hier von Leuten im Munde geführt werden, die etwas ganz anderes damit meinen. In deren System gäbe es nämlich keine unabhängige Justiz, die frei von Einfluss durch Politik handeln würde.

Deswegen muss ich sagen, war ich Herrn Nobis eigentlich ganz dankbar für seine Rede beim ersten Tagesordnungspunkt; denn beides sind Dokumentationen dafür, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder deutlich machen müssen, dass das Leute sind, die niemals Einfluss auf Politik gewinnen dürfen, nicht in diesem Haus und auch nicht in anderen Ländern, übrigens auch nicht mittelbar, wenn es irgendwie geht; denn das sind Leute, die ein grundsätzlich anderes Verständnis von unseren Grundwerten haben als wir selbst. Demokratie heißt, zu ertragen, dass Menschen auch abwegige Meinungen äußern dürfen. Aber wir sollten uns einig darüber sein, was wir mit unseren Grundwerten meinen, und die Unabhängigkeit der Justiz ist eben frei von Einfluss durch die Exekutive. Das ist eine der großen Errungenschaften unserer freiheitlichen Demokratie in Deutschland.

Es ist auch eine Bekundung davon, dass Europa nicht nur eine Wirtschafts-, Währungs- und Bankenunion, sondern auch eine Werteunion ist. Das ist

übrigens möglicherweise einer der großen Wettbewerbsvorteile der Europäischen Union gegenüber anderen Regionen der Welt. Deswegen müssen wir das unbedingt verteidigen und dürfen nicht zulassen, dass es erodiert. Ich finde, das haben Sie mit großer Klarheit hier dargestellt. Insofern sind Sie sehr gut verstanden worden, Herr Minister.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 19/2626 (neu) in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2456

**b) In der Krise das soziale Europa stärken!**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2551

Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, dass die Reden zu Protokoll gegeben werden.

Wir stimmen jetzt über die Ausschussüberweisung ab. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2456 dem Europaausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer dafür ist, auch den Antrag Drucksache 19/2551 dem Europaausschuss zu überweisen, bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren für Schleswig-Holstein erlassen**

**(Vizepräsidentin Aminata Touré)**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 19/2610 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stefan Weber.

**Stefan Weber [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In 13 Tagen ist Weihnachten. Besonders in der Weihnachtszeit finden sich Kaninchen, Hunde, Katzen und viele andere Tiere auf den Wunschzetteln - vor allen Dingen von Kindern. Jahr für Jahr werden aber auch Tiere nach dem Weihnachtsfest in den Tierheimen abgegeben oder - noch viel schlimmer - einfach ausgesetzt. Das ist leider traurige Realität. Dabei ist es ohnehin mehr als fraglich, ob man Tiere überhaupt wie Ware zu Weihnachten verschenken sollte - aber das ist ein anderes Thema.

Nun zum Anliegen unseres Antrags: Bei einem gefundenen Tier sind die Kommunen verpflichtet, für dessen artgerechte Unterbringung zu sorgen. Hierzu bedienen sie sich regelmäßig der Tierheime vor Ort. Jedoch kommen sie zum Leidwesen der Tierheime für die Kosten der Unterbringung in der Regel nur für 28 Tage auf.

Tierheime finanzieren sich heute vor allem aus Spenden. Viel zu oft ist das Geld knapp. Deshalb brauchen wir eine verlässliche Finanzierung der Unterbringung von Tieren über die 28 Tage hinaus.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bereits in unserem Antrag vom 7. Januar dieses Jahres habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass wir eine verlässliche Finanzierung für die Versorgung von Tieren in Tierheimen brauchen, die aus desolaten Verhältnissen aufgenommen werden. Leider ist seitdem nichts geschehen.

Die mündliche Anhörung, die wir im Umwelt- und Agrarausschuss am 21. Oktober 2020 durchgeführt haben, hat noch einmal deutlich aufgezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Nicht wenige Tiere, die in Tierheimen abgegeben werden, sind verwahrlost oder krank. Da braucht es schon längere Zeit, sie wieder gesund zu pflegen, um sie für die Vermittlung freigegeben zu können. Es bedarf oft zusätzlicher Pflege durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ärztlicher Untersuchung und Medikamente. Diese Extrakosten verbunden mit dem län-

geren Aufenthalt verschärfen die finanzielle Lage der Tierheime zusätzlich.

Deshalb brauchen die Tierheime eine finanzielle Unterstützung über die 28 Tage hinaus, zumindest für die Dauer der Unterbringung, längstens für sechs Monate.

(Beifall SPD und SSW)

Die jetzige Regelung verträgt sich nicht mit den Realitäten in den Tierheimen.

Der Städte- und Gemeindetag hat im März dieses Jahres deutlich gemacht, dass er die neue Verwaltungsvorschrift in Mecklenburg-Vorpommern ablehnt. Die Vorschriften schafften falsche Anreize für die Bürgerinnen und Bürger, war seine Argumentation. Wer sich der eigenen Katze entledigen oder einen zugelaufenen Hund wieder loswerden wolle, könne nun darauf zählen, dass die Folgekosten von der öffentlichen Hand getragen würden. - Über diese Argumentation kann ich mich nur sehr wundern.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Annabell Krämer [FDP])

Die meisten Menschen gehen doch davon aus, dass die Tierheime für die Unterbringung der Tiere aufkommen. Es ist ihnen egal, wer die Kosten am Ende tatsächlich trägt, Hauptsache, den Tieren geht es gut. Immerhin ist der Tierschutz im Grundgesetz verankert.

Die ohnehin schon notleidenden Tierheime bekommen die Auswirkungen der Coronapandemie mehrfach zu spüren. Viele der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gehören zur Risikogruppe. Daher fallen sie seit Beginn der Coronapandemie bis auf Weiteres für die Versorgung der Tiere aus. Auch die Spendenbereitschaft hat deutlich nachgelassen. Unsere Tierheime stehen vor einer großen Belastungsprobe.

Für uns ist daher klar: Wir brauchen dringend eine neue Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren. Kommunen und Tierschutzvereine brauchen Rechtssicherheit im Hinblick auf die Finanzierung der Unterbringung. Deshalb fordern wir, dass alle Betroffenen an der Erarbeitung der neuen Richtlinie mitwirken.

(Beifall SPD)

Lassen Sie uns mit diesem Antrag einen Startschuss geben und gemeinsam etwas gegen die Not der Tierheime tun!

(Stefan Weber)

Ich möchte Sie kurz vor Weihnachten noch einmal daran erinnern: Bitte verschenken Sie keine Tiere zu Weihnachten! Wenn Sie sich für die Anschaffung eines Haustieres entscheiden, kaufen Sie dieses nicht im Internet oder über Online-Portale!

(Vereinzelter Beifall)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Ich wünsche Ihnen frohe Feiertage. Bleiben Sie alle gesund! - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hauke Göttisch.

**Hauke Göttisch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit etwa einem Jahr befasst sich der Landtag mit der Sicherstellung der Finanzierung von Tierheimen. Im Kern geht es um die entstehenden Kosten für die Unterbringung von Fundtieren. Gemäß der Fundtierrichtlinie sind die Kommunen verpflichtet, nur die ersten vier Wochen die entstehenden Kosten für Unterbringung, Pflege und Ernährung von Fundtieren zu übernehmen. Die derzeit noch geltenden vier Wochen sind allem Anschein nach zu kurz.

Viele Tierheime arbeiten schon länger am Anschlag. Dass sich viele Menschen während der Coronapandemie ein Tier zugelegt haben, dem sie am Ende nicht gewachsen sind, kommt verschärfend hinzu. Daher auch mein aktueller, dringender Appell an die Einsicht der Menschen: Tiere sind keine Geschenkartikel!

(Beifall)

Die vom Landtag durchgeführte Anhörung hat uns da nur bedingt weitergebracht, stehen sich doch zwei Positionen gegenüber, die man nur schwer in Deckung bringen kann.

(Zurufe SPD)

Auf der einen Seite steht das Bedürfnis der Tierheime, ihre Arbeit sachgerechter zu entlohnen. Gleichzeitig möchte ich in Erinnerung rufen, was auch Gegenstand der Anhörung war: Teilweise besteht eine Diskrepanz, wenn ausgeführt wurde, dass die Unterbringung einer Katze mit 15 € zu Buche schlägt, die eines Pferdes bei einer privaten Unter-

bringung dagegen nur mit 10 € Dies gilt es nach- und aufzuarbeiten.

Auf der anderen Seite stehen der Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung und die Diskussion um mögliche Ausgleichszahlungen nach Artikel 57 Absatz 2 der Landesverfassung, das Auslösen von Konnexität, im Raum.

Meine Damen und Herren, hier kann nicht so oder so entschieden werden, hier muss ein Einigungsgespräch her. In dieser verfahrenen Situation bietet nun das Innenministerium zusammen mit dem Umweltministerium an, einen ergebnisoffenen Runden Tisch zu initiieren und zu moderieren. Am Ende kann eine neue Fundtierrichtlinie ein mögliches Ergebnis sein, aber das werden die Gespräche ergeben müssen.

Wir sollten dieses Angebot annehmen, bietet es doch die reelle Chance, das Thema endlich einer Lösung zuzuführen. Folgerichtig bitte ich um Überweisung des Antrages, Drucksache 19/2610 (neu), in den Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuss. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

**Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Sache ist bei diesem Antrag ja eigentlich glasklar. Das hat auch die Anhörung gezeigt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Annabell Krämer [FDP])

Ich bin Ihnen deswegen auch für diesen Antrag sehr dankbar, werte Kolleginnen und Kollegen der SPD. Ich glaube, man kann darüber diskutieren, ob es besser gewesen wäre, ihn erst im Ausschuss zu stellen, dort zu einen und dann hier darüber zu diskutieren. So diskutieren wir erst hier, einen es dann hoffentlich im Ausschuss und kommen zu einem zufriedenstellenden Ergebnis.

(Bernd Heinemann [SPD]: Öffentlichkeit! Öffentlichkeit!)

Die Mehrheit wäre auf jeden Fall gegeben. In der Sache - das ist das Entscheidende - wollen wir alle in die gleiche Richtung arbeiten.

**(Joschka Knuth)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW  
und Annabell Krämer [FDP])

Daran darf es überhaupt keinen Zweifel mehr geben. Es ist nämlich ein Thema, bei dem es darum geht, ein praktisches Problem vor Ort zu lösen. Wir können es auch lösen. Tiere landen in den Tierheimen, und die Arbeit fällt so oder so an. Die Tierheime machen diese Arbeit und übernehmen diese Aufgabe für die Kommunen, die in der Pflicht sind, diese Aufgabe wahrzunehmen.

(Beifall FDP und Stefan Weber [SPD])

Es ist doch kein Zustand, dass ich für jemanden eine Aufgabe übernehme und dafür nicht einmal die Erstattung der Kosten bekomme, die mir dafür entstehen. Das muss doch selbstverständlich sein. Deshalb meine ich, dass es absolut richtig ist, wenn wir noch einmal mit Nachdruck einfordern und daran arbeiten, dass es endlich eine neue Fundtierrichtlinie hier im Land gibt, die eben nicht nur den Interessen, sondern den Rechten der Tierheime gerecht wird.

(Beifall Annabell Krämer [FDP])

Ich bin guter Dinge, dass am Ende dieses Ergebnis herauskommen wird, wenn das Ministerium jetzt endlich mit dem Runden die Akteurinnen und Akteure an einen Tisch bringt, um sich auf ein Ergebnis zu verständigen.

Hoffentlich ist es ein Ergebnis im Sinne der Tiere und der Tierheime. Denn - auch das muss uns klar sein - es ist ja keine normale Situation, der die Tierheime sich oftmals stellen. Tiere, die länger als vier Wochen dableiben, sind ja besonders schwer zu vermitteln und bleiben daher auch oftmals länger. Wir alle müssen ein Interesse daran haben, dass diese Tiere dort bestmöglich gepflegt und umsorgt werden.

Es ist angesprochen worden: Die Tierheime sind gerade in dieser Zeit in einer besonders schwierigen Situation. Ich kann mich dem Appell, in der Weihnachtszeit keine Tiere zu verschenken, wirklich nur anschließen. Liebe Bürgerinnen und Bürger: Verschenken Sie keine Tiere - nicht nur nicht zu Weihnachten, auch nicht zum Geburtstag! Prüfen Sie ganz in Ruhe, wie das Tier in Ihrer Familie, bei Ihnen zu Hause mit Ihrem Alltag vereinbar ist. Testen Sie es gegebenenfalls einmal aus, gehen Sie zu Freundinnen und Freunden. Gehen Sie ins Tierheim, schauen Sie sich das an und informieren Sie sich darüber, was es bedeutet, bevor Sie den Tierheimen am Ende noch mehr Aufgaben bereiten! Wenn das passiert, ist niemandem geholfen.

Wir haben darüber gesprochen: Es wird in den nächsten zwei Wochen schwierig sein, Geschenke zu kaufen. Vielleicht denken Sie in dieser Zeit auch daran, an die Tierheime zu spenden. Sie leisten eine wichtige Arbeit in dieser Zeit. Ich möchte Sie dazu ermutigen!

Ich glaube, in der Sache und in der Ursprungsdiskussion sind wir alle sehr nah beisammen. Ich freue mich, wenn wir die hoffentlich finale Diskussion im Ausschuss führen werden, bei der ein Beschluss und vor allem eine gute neue Sachregelung herauskommen wird. Das wäre im Sinne aller Beteiligten.  
- Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU,  
SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

**Annabell Krämer [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich freue mich wirklich, dass die SPD meinen Vorschlag aus der Januar-Tagung aufgegriffen hat, die Ende 2013 außer Kraft gesetzte Fundtierrichtlinie zu ersetzen. Lieber Kollege Weber: Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Die hierin enthaltene Empfehlung, dass die Erstattungspflicht der Gemeinden für Fundtiere nach 28 Tagen enden könne, ist und bleibt falsch.

(Beifall FDP)

Wie kam es denn dazu? Ich erkläre es gern auch den Damen und Herren im Haus, die es noch nicht verstanden haben. Es kam zu diesen 28 Tagen, weil zunächst die widerlegbare Vermutung getroffen wurde, es handele sich bei einem aufgefundenen Tier um ein Fundtier und nicht um ein herrenloses Tier. Nach Ablauf von besagten 28 Tagen wurde diese Vermutung als widerlegt angesehen und auf einmal von einer widerrechtlichen Eigentumsaufgabe und somit von einem herrenlosen Tier ausgegangen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat jedoch 2018 entschieden, das aus Tierschutzgründen kein Tier durch Eigentumsaufgabe herrenlos werden kann. Sämtliche fundtierrechtlichen Regelungen kommen auch nach 28 Tagen weiterhin zum Tragen.

(Beifall FDP)

**(Annabell Krämer)**

Mit der Ablieferung des Tieres entsteht die Verwahrungspflicht der Behörde. Die Finanzierungsverantwortung der Gemeinden als Fundbehörde folgt unmittelbar aus den fundrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Sie kann nicht im Erlasswege eingeschränkt oder erweitert werden. Wie ich bereits im Januar betont habe, hat eine Fundtierrichtlinie somit nur empfehlenden Charakter. Sie ist jedoch zwingend erforderlich, um Tierheim und Kommunen eine Orientierung für ihre vertraglichen Beziehungen zu geben. Wie wichtig eine solche Richtlinie ist, hat doch die mündliche Anhörung im Umweltausschuss gezeigt, in der die Vertreter der kommunalen Landesverbände bestätigt haben, dass man sich in der Regel immer noch an der längst außer Kraft gesetzten Richtlinie orientiere: Ja natürlich, das ist ja auch eine preiswerte Lösung.

Liebe Koalitionspartner von der CDU: Es ist doch bald Weihnachten. Allen anderen demokratischen Parteien in diesem Haus ist bewusst, dass eine neue Fundtierrichtlinie zwingend erforderlich ist. Nix „ergebnisoffen“: Die muss jetzt endlich kommen!

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Befürchtung, dass hierdurch Konnexität ausgelöst würde, ist unbegründet, das wisst ihr genauso gut wie ich.

(Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Ich weiß gar nicht, wie oft ich es noch sagen muss: Die Fundtierverwahrung bleibt eine pflichtige Aufgabe. Die Erfüllung einer pflichtigen Aufgabe kann aber keine Konnexität auslösen. Das wisst Ihr genauso gut wie wir.

(Beifall FDP und SPD - Zuruf Lars Harms [SSW])

Keine Kommune ist übrigens verpflichtet, ein Tier an ein Tierheim zu übergeben. Es steht jeder Kommune frei, die Versorgung selbst zu übernehmen. Die Kommunen wissen aber schon ganz gut, warum sie das den Tierheimen überlassen und dann gegebenenfalls nur für 28 Tage zahlen. Man sollte dies den Tierheimen einmal bewusstmachen und damit ihre Verhandlungsposition gegenüber den Kommunen stärken, denn der Vorschlag, den wir machen, ist günstig. Es kann ganz anders kommen, wenn die Blockadehaltung der kommunalen Landesverbände nicht aufgebrochen wird. Ich habe berechnete Zweifel, ob eine Verwahrung in Eigenregie so günstig erfolgen könnte wie durch ein ehrenamtlich betriebenes Tierheim, dessen ehrenamtliche Helfer -

das gehört auch einmal gewürdigt - die kommunalen Haushalte nicht unwesentlich entlasten.

(Beifall SPD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Nein, eine neue Fundtierrichtlinie würde den Kommunen keine neuen Aufgaben oder Kosten aufbürden. Sie würde lediglich die bereits bestehende Rechtslage klarstellen und die Position der Tierheime bei der Aushandlung von Rahmenverträgen nicht länger schwächen.

Ich betone, dass es hier nicht um Geschenke zugunsten der Tierheime und zulasten der Kommunen geht. Es geht um nichts anderes als um die Verdeutlichung der bestehenden Rechtslage. Die alte Richtlinie besagt ausdrücklich, dass die Erstattungspflicht der Kommunen nach 28 Tagen enden kann. Das ist falsch und richterlich so beschieden. Es gehört, verdammt nochmal, endlich korrigiert.

(Beifall FDP und SPD)

Wildtiere - das haben wir erkannt - sind niemandem zuordenbar. In Abgrenzung zu Fundtieren sind sie als herrenlos einzustufen. Für die hat das Land seine Hausaufgaben gemacht. Hier stellen wir auf Antrag der Freien Demokraten seit 2019 dauerhaft Haushaltsmittel zur Verfügung, und darüber freue ich mich außerordentlich. Wir müssen den Abfluss noch ein bisschen in Schwung bringen und vielleicht noch etwas unbürokratischer werden. Es ist aber gut, dass es das gibt.

Die Kommunen hingegen tragen die Verantwortung für Fundtiere. Das Bundesverwaltungsgericht hat festgehalten, dass die Fürsorgepflicht nicht nach 28 Tagen endet. Die kommunale Pflichtaufgabe existiert weiter.

Ich zitiere wie bereits im Januar aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, Bundestagsdrucksache 18/6620:

„Aufgefundene Tiere, die üblicherweise von Menschen gehalten werden ... oder Tiere, die nicht den hier sonst wildlebenden Arten zuzurechnen sind, seien somit grundsätzlich als Fundtiere einzustufen und zu behandeln. Die Bundesregierung erwartet,“

- Obacht! -

„dass die Länder dieser Rechtsauslegung in ihren Verwaltungsvorschriften Rechnung tragen.“

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Annabell Krämer [FDP]:**

Ja. - In der mündlichen Anhörung haben die Vertreter der Tierheime den Vertretern der kommunalen Landesverbände die Hand gereicht. Sie haben signalisiert, dass es nicht zu einer Spitzabrechnung kommen muss. Wie bereits in meiner Kleinen Anfrage habe ich eine 90-Tage-Pauschale in den Raum geworfen. Das entspricht der ungefähren Zeit. Eine Spitzvergütung würde viel teurer für die Kommunen werden und Bürokratieaufwand bedeuten.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich hoffe, dass wir uns jetzt zügig im Ausschuss dieses Themas annehmen und nicht wieder ein Jahr warten.

(Beifall FDP, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Kommen Sie bitte jetzt zum Schluss!

**Annabell Krämer [FDP]:**

Ich möchte nicht, dass dieses Thema wieder ein Jahr im Ausschuss versauert. - Ich wünsche euch allen Frohe Weihnachten.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanziell sind unsere Tierheime nicht gerade auf Rosen gebettet, und das ist auch bekannt. Aus diesem Grund haben wir als SSW bereits bei den Haushaltsberatungen für 2019 eine Erhöhung der Zuschüsse für Tierheime gefordert - für den Betrieb sowie für investive Maßnahmen. Mit Erfolg, denn seitdem bekommen unsere Tierheime für diese Maßnahmen mehr Landesmittel als früher zur Verfügung gestellt. Damit haben sie Planungssicherheit gewonnen, was schon einmal gut ist. Nichtsdestotrotz wissen wir, dass die Tierheime immer noch mit erheblichen Finanzierungsproblemen zu kämpfen haben und sie den Löwenanteil immer

noch aus Fördermitteln und insbesondere Spenden generieren müssen. Das ist eine Erkenntnis, die wir aus der Anhörung mitgenommen haben. Zudem stehen die Tierheime, gerade in diesem Jahr - wie viele andere auch - coronabedingt vor dem Problem, dass sie kaum Spenden sammeln können, weil sie vor Ort keine entsprechenden Aktionen durchführen können oder dürfen. Damit fallen für sie wichtige und erhebliche Einnahmen weg.

Das Land hat bereits im Frühjahr auf die Lage reagiert und eine Förderrichtlinie geändert - zur Überbrückung von Engpässen. Das soll heißen: Tierheime, die aufgrund der aktuellen Lage in Not geraten, können so Fördermittel für Futter, Streu oder tierärztliche Behandlungen beantragen. Damit können sie zumindest vorläufig die Situation retten. Ohne Frage ist das für die Tierheime eine gute Hilfe.

Es macht aber auch deutlich, wie verwundbar die finanzielle Situation der Tierheime ist. Auch das ist eine Erkenntnis, die wir zuletzt aus der Anhörung mitgenommen haben. Das Problem ist struktureller Natur. Die Kommunen als zuständige Fundbehörde sind für die Verwahrung von Fundsachen verpflichtet. Nach § 90 a BGB sind Tiere keine Sachen, aber sie sind rechtlich wie Sachen zu behandeln. Nach dem Tierschutzgesetz sind Fundtiere ordnungsgemäß zu versorgen, unterzubringen und zu betreuen.

Damit sind die Kommunen in der Pflicht. Diese Aufgaben haben die Kommunen im vertraglichen Rahmen dann an die Tierheime weitergegeben und entsprechende Vereinbarungen mit den privaten Trägern der Tierheime geschlossen. In der Richtlinie zur Verwahrung von Fundtieren von 1994 gibt es eine Vierwochenpflicht für die ordnungsgemäße Betreuung von Fundtieren. Danach wird das Tier dem Tierheim überlassen. Wie wir wissen, ist die Richtlinie seit Ende 2013 außer Kraft, aber es wurde immer noch alles so gehandhabt.

Mittlerweile ist deutlich geworden, dass das bisherige System für die Tierheime und deren Träger finanziell nicht mehr tragbar ist. Aus der Anhörung wurde vonseiten der Tierheime beziehungsweise deren Träger der klare Wunsch nach einer neuen Richtlinie geäußert, die insbesondere einen längeren Zeitraum als 28 Tage vorsieht. Um es deutlich zu sagen: Der SSW kann einer solchen Forderung durchaus folgen. Mit dem vorliegenden Antrag unterstützen wir das auch gemeinsam mit der SPD.

Die maximale Aufbewahrungsfrist für Fundsachen beträgt sechs Monate. In unserem Antrag verzichten wir auf die Nennung einer Frist zur Aufbewahrung, wir lassen hier den betroffenen Experten

**(Lars Harms)**

Spielraum, um im Rahmen von Verhandlungen eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Aber klar sollte sein: Rechtlich gesehen sind die Kommunen verpflichtet, die Tiere bis zu sechs Monate unterzubringen.

(Annabell Krämer [FDP]: Dauerhaft!)

Wenn wir es jetzt also ein bisschen zulassen und sagen, wir seien gerne bereit zu verhandeln, dann müssen sich die Kommunen auch ein bisschen bewegen.

(Beifall SSW, Stefan Weber [SPD] und Annabell Krämer [FDP])

Es kann nicht angehen, dass die dann sagen, sie machten es 35 Tage, sondern dann muss das schon sehr lange sein, damit die Tierheime wirklich ordentlich entlastet werden.

Wenn ich mir die gesamten politischen Initiativen und Verläufe seit 2018 im Parlament bezüglich der Tierheime anschau, bin ich durchaus zuversichtlich, dass wir hier mit dem Antrag eine gute Grundlage geschaffen haben. Wir erhoffen uns natürlich, dass es relativ schnell geht, denn wir brauchen eine schnelle Regelung. Wir dürfen nicht zu lange warten, es darf sich nicht zu lange hinziehen.

Im Zweifel: Der Bund hat uns Vorgaben gemacht, wir haben eine rechtliche Grundlage, und wir haben eine rechtliche Situation. Wenn die Kommunen nicht mitspielen, sollten wir auch einmal hart durchgreifen und den Tierheimen und vor allen Dingen den Tieren helfen. Um die geht es nämlich eigentlich. Deswegen brauchen wir diese Richtlinie schnell. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Annabell Krämer [FDP])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

**Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir haben zu Hause einen Hund. Deshalb kann ich gut verstehen, dass dieses Thema so emotional diskutiert und debattiert wird. Ich frage mich - wahrscheinlich wie viele von Ihnen auch -: Wie kann man es überhaupt übers Herz bringen, einen Hund, ein Tier auszusetzen oder sei-

ne Haustiere verwaarloosen zu lassen? - Ich bin froh, dass es Tierschutzvereine oder Tierheime gibt, die sich um diese Tiere kümmern. Ich bin allen dankbar, die sich auch ehrenamtlich darum kümmern, die Tiere aufzupäppeln, gesund zu pflegen oder in ein gutes Zuhause zu vermitteln.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Jörg Hansen [FDP] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Ich finde, die lebhafteste Diskussion hier heute im Plenum, aber auch im Umwelt- und Agrarausschuss haben gezeigt, dass das Thema Fundtiere nicht nur mich berührt, sondern uns alle.

Trotz der nachvollziehbaren Emotionalität springe ich noch einmal mit Ihnen gemeinsam ein Stückchen zurück, um das Thema ein bisschen zu beleuchten. Seit jeher kümmern sich Tierheime und Kommunen gemeinsam um die Aufnahme und Pflege von Fundtieren. Wenn eine Kommune nicht über die geeigneten Möglichkeiten verfügt, Fundtiere unterzubringen, kann sie die Tierschutzvereine oder die Tierheime mit dieser Aufgabe betrauen. Die Kommunen - das haben wir gehört - übernehmen grundsätzlich die Kosten für die Verwahrung und die Pflege der Fundtiere. Das ist gelebte Praxis hier bei uns in Schleswig-Holstein.

Wenn wir jetzt über eine neue Fundtierrichtlinie sprechen, erinnere ich daran, dass die entsprechende Richtlinie von 1994 stets empfehlenden Charakter hatte. Auch die viel zitierte 28-Tage-Regelung zur Kostenerstattung hatte nur empfehlenden Charakter. Im Endeffekt ermöglichte die Richtlinie den Kommunen und den Tierschutzvereinen, Art und Umfang der Kostenerstattung einvernehmlich und eigenverantwortlich zu regeln.

Das ist nach unseren Erkenntnissen auch oft so geschehen. Auf diesem Wege konnten die unterschiedlichen Bedarfe der Tierheime individuell berücksichtigt werden, denn vor Ort wissen die Akteurinnen und Akteure am besten, auf welche Besonderheiten Rücksicht zu nehmen ist und in welchem Umfang eine Erstattung von Kosten angemessen ist.

In vielen Fällen haben die Kommunen mit den Tierheimen aus Vereinfachungsgründen Pauschalvereinbarungen geschlossen. Wir stellen diese Vereinbarungen nicht infrage. Wir möchten auch nicht in die einvernehmlichen Absprachen zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren eingreifen. Die Lage bei den Tierheimen und auch die jeweilige Ausstattung sind sehr unterschiedlich. Deshalb können wir die jeweilige Situation nicht mit einer allge-

**(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)**

meinverbindlichen Richtlinie lösen, zumal die neue Richtlinie auch nur wieder empfehlenden Charakter hätte.

Klar ist aber auch: Wo die finanziellen Mittel für die Fundtierunterbringung nicht ausreichen, muss nachverhandelt werden, müssen neue Lösungen gefunden werden. Ich habe gehört, dass es eine große Unsicherheit zu vielen Fragen gibt: zur Dauer einer Kostenerstattung durch die Kommunen, zur Kostenaufteilung zwischen Tierheimen und Kommunen und zum Umfang der Abrechnung, also zur Spitzabrechnung oder Pauschalsätzen.

Deshalb ist es gut, wenn alle Akteurinnen und Akteure bereit sind, den Dialog zu diesen Fragen fortzuführen. Ich stehe gern bereit, wir haben das schon gehört, zusammen mit dem MELUND ein ergebnisoffenen Runden Tisch zu initiieren und zu moderieren.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier können wir dann gemeinsam die Belange des Tierschutzes und die Fragen der Kostenerstattung miteinander in Einklang bringen. Es ist auch möglich, dass wir am Ende eine neue Richtlinie auf den Weg bringen. Allerdings sollten wir das ergebnisoffen mit den Beteiligten erörtern. Ich glaube, das hilft allen Beteiligten und letztlich auch den Tieren. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Zu einem Kurzbeitrag hat sich die Abgeordnete Annabell Krämer gemeldet.

**Annabell Krämer [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin, ich glaube, wir sind da gar nicht so weit auseinander. Das Problem, was ich habe - ich weiß nicht, wie ich damit durchdringen soll -, ist, dass bei den Verhandlungen zwischen den Kommunen und den Tierheimen gern auf die alte Richtlinie Bezug genommen wird. In den Tierheimen besteht teilweise der Glaube, dass es rechtens sei, wenn auf die 28 Tage abgestellt wird.

Das Problem ist aber: Man kann ein Eigentum an einem Tier aus Tierschutzgründen nicht aufgeben. Das heißt, dass kann man auch nach 28 Tagen nicht. Lieber Kollege Harms, es ist nicht einmal so, dass eine Eigentumsaufgabe nach sechs Monaten

möglich wäre. Nein. Das ist das Toxische. Deshalb begrüße ich diesen Runden Tisch ausdrücklich. Die Tierheime sind da gar nicht in einer Bittstellersituation.

Wenn man es sich ganz genau anschaut, dann sind die teuren Verwahrtiere diejenigen, die keiner haben möchte. Das ist nicht das niedliche Kätzchen und der kleine Hamster, das sind die gefährlichen Hunde - ich nenne sie einmal so - oder die kranken Tiere. Sie dürfen aus Tierschutzgründen kein Tier töten. Das ist auch gut so. Das steht im Tierschutzgesetz. Aber es gibt Tiere, die verursachen eklatant hohe Kosten. Wenn man sich nicht auf eine Pauschale einigt, die empfehlenden Charakter haben könnte, dann können die Kommunen gern herangezogen werden und für gefährliche Hunde fünf bis sechs Jahre aufkommen. Das ist richtig Geld. Es muss deshalb auch im Interesse der kommunalen Landesverbände sein, mit den Tierheimen in einen Dialog zu treten.

Wie komme ich auf die 90 Tage, die ich empfohlen habe? Ich habe gesagt: Eine Spitzabrechnung will keiner, das verursacht unglaublich hohe Kosten. Aber eine Pauschale, die sich an der durchschnittlichen Verweildauer für Säugetiere in den Tierheimen orientiert, ist ein gangbarer Weg. Das würde den Druck und die Last von den Tierheimen nehmen und Verlässlichkeit für die Kommunen bedeuten. Ich glaube, ein Säugetier bleibt im Durchschnitt 100 Tage, das hat man mir einmal im Tierheim gesagt. Wenn wir uns auf drei Monate einigen würden, dann ist das eine Zeit, zu der mir von den Tierheimen schon signalisiert worden ist, dass das ein gangbarer Weg wäre. Das würde die Angst nehmen, dass irgendwann ein Tierheim zumacht und die Kommunen vor dem Risiko stehen, die hohen Kosten selber tragen zu müssen.

Lassen Sie uns deshalb einfach das, was Recht ist, auch niederschreiben. Wir müssen tunlichst dafür sorgen, dass sich nie wieder auf eine Richtlinie bezogen wird, die das geltende Recht leider nicht abbildet. Wir als Rechtsparteien sollten alle wollen, dass so etwas tunlichst vom Markt kommt.

(Beifall FDP)

Ich hoffe, ich konnte das hiermit noch einmal klarstellen. Die pauschale Lösung ist für alle die günstigste und rechtssichere, sie schafft Verlässlichkeit. Ich glaube, das wäre ein schönes Signal für das neue Jahr. Packen wir es an, wenn es geht, ich bitte darum, zeitnah noch in diesem Jahr. - Danke schön.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2610 (neu) dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Nord-Ostsee-Kanal als Schleswig-Holsteins maritime Lebensader stärken**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2548 (neu) - 2. Fassung

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Punkt werden zu Protokoll gegeben.

Ich schlage vor, über den Antrag Drucksache 19/2548 (neu) - 2. Fassung - in der Sache abzustimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

**Alarmstufe Rot - Veranstaltungsbranche retten**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2382

**Veranstaltungen verantwortungsvoll ermöglichen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/2453

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 19/2613

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, dem Abgeordneten Dr. Andreas Tietze, das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Ich verweise ich auf die Vorlage und wünsche allen Kolleginnen und Kollegen ein

schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch - trotz dieser schwierigen Zeiten.

(Vereinzelter Beifall)

**Vizepräsidentin Aminata Touré:**

Vielen Dank. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Unruhe)

- Wir konzentrieren uns jetzt alle noch ein paar Sekunden für die Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag Drucksache 19/2382 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen von SPD und SSW mit den Stimmen der übrigen Abgeordneten abgelehnt.

Weiter empfiehlt der Ausschuss, den Alternativantrag Drucksache 19/2453 anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

Drucksache 19/2640

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/2640. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar der Fall.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/2640 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Ich wollte Ihnen an dieser Stelle eigentlich Weihnachtsgrüße ausrichten. Wir haben aber am Montag, den 14. Dezember 2020, um 14 Uhr noch eine Sondersitzung. Deswegen wünsche ich Ihnen jetzt nur ein schönes Wochenende. Wir sehen uns am Montag.

**(Vizepräsidentin Aminata Touré)**

(Vereinzelter Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:16 Uhr**

## Anhang

## Reden zu Protokoll

## Gemeinsame Beratung

a) **Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2456

b) **In der Krise das soziale Europa stärken!**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/2551

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute zwei Anträge der SPD zur Jugendpolitik und zur Sozialpolitik in der Europäischen Union mit umfangreichen Inhalten - insgesamt mit 27 Unterpunkten und teilweise weitreichenden Vorschlägen mit weitreichenden Folgen. Ein sportliches Ansinnen für fünf Minuten.

Erstens zur Jugendpolitik der EU. Der Rat der Europäischen Union hat am 27. November 2018 eine Entschließung „Jugendstrategie der Europäischen Union 2019-2027“ angenommen und eine Agenda zur Jugendpolitik beschlossen. Die Beschlüsse wurden im Bewusstsein gefasst, dass junge Menschen eine wichtige zukunfts-gestaltende Rolle für die EU und deren Mitgliedstaaten haben. Dieses unter nicht nur optimalen Bedingungen und bestehenden Unsicherheiten, was Arbeitsplätze, Auswirkungen der Globalisierung und Digitalisierung, Fake News, antidemokratischen und nationalistischen Tendenzen angeht. Dazu kommen aktuell nun auch noch vielschichtige zusätzliche Erschwernisse und Ängste durch die Coronapandemie.

Die EU-Jugendstrategie soll deshalb der Jugend und der Jugendpolitik helfen, durch unterschiedliche Maßnahmen und Ansätze diesen Herausforderungen zu begegnen und positiv zu gestalten. Auch national und für Deutschland zusätzlich in den Ländern sollen diese Maßnahmen heruntergebrochen werden. Die wesentlichen Grundsätze sollen unter den Leitzielen „Beteiligung“, „Begegnung“ und „Befähigung“ umgesetzt werden.

Konkret und seit Jahren gibt es europaweit seit vielen Jahren zahlreiche Projekte, die die Jugendarbeit der EU stützen und voranbringen. Mit Erasmus+ besteht bereits ein Leuchtturmprojekt, das zumindest zwei Leitziele herausragend bedient. Die Zahlen beweisen dieses eindrucksvoll.

In der Förderperiode 2014 bis 2020 sind knapp 15 Milliarden € in das Programm geflossen. Mehr als vier Millionen junge EU-Bürger haben davon profitiert.

Rund zwei Millionen Studenten, etwa 650.000 Auszubildende und Berufsschülerinnen und Berufsschüler und rund 800.000 Dozentinnen und Dozenten, Lehrkräfte, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter wurden unterstützt.

500.000 junge Menschen haben für Freiwilligentätigkeiten und Jugendaustausch Förderung erfahren. Es gibt etwa 25.000 strategische Partnerschaften von 125.000 Schulen, Berufsausbildungsstätten, hochschul- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen und Unternehmen und zudem 150 Wissensallianzen unter Beteiligung von 1.500 Hochschulen und Unternehmen. Folgerichtig unterstützen alle Fraktionen seit Jahren mit ganzem Herzen Erasmus+.

Ich bin sehr froh, dass dem EU-Parlament vor drei Wochen eine deutliche Aufstockung der Mittel für Erasmus+ bei den Nachverhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen gelungen ist. Schon jetzt war der Haushaltsansatz der Nachfrage bei Weitem nicht gewachsen. Nie war es wichtiger, der Jugend in Europa das Miteinander und den europäischen Gedanken erleben und wachsen zu lassen.

Was können wir hier vor Ort bewegen? National, aber gerade auch in Schleswig-Holstein bis hin zu den Kommunen gab und gibt es schon heute unzählige Aktionen, Verbindungen, Aktivitäten, Partnerschaften und Veranstaltungen, die die Jugendarbeit aktiv gestalten. Beispielfhaft seien in der Kürze nur erwähnt:

Jugendparlamente im Landtag, den Kreisen, Städten und Gemeinden, Jugendbeteiligung bei der Ostseeparlamentarierkonferenz; Städte- und Schulpartnerschaften in der EU; Aktivitäten der Europaschulen mit Veranstaltungen, Projekten und Vernetzungen; länderübergreifende Sport und Kulturveranstaltungen für Jugendliche; Ausweitung des Auszubildendenaustausches durch Betriebe; internationale Veranstaltungen und Begegnungen unter anderem mit dem Landesjugendring und dessen Mitgliedsverbänden, Verbandsaktivitäten anderer Verbände wie zum Beispiel den Jugendwerken mit Frankreich und Polen oder den Jungen Europäischen Föderalisten.

**(Hartmut Hamerich)**

In vielen Bereichen sind die finanziellen Mittel in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein erheblich erhöht worden. Im Detail sollten wir die Themenfelder im Europaausschuss vertiefen.

Zweitens zum Antrag „Das soziale Europa stärken“. Die SPD bringt nun in leicht veränderter Form zum dritten Mal seit September 2017 ihre wesentlichen Parteiforderungen der Sozialpolitik zur EU in Antragsform hier ein. Ja, die Coronapandemie führt zu erheblichen Verwerfungen und neuen sozialen Herausforderungen, den wir uns stellen müssen. Das rechtfertigt aber nicht unbedingt, immer die gleichen Forderungen in einem neuen Mantel vorzubringen. Vielmehr müssen wir schauen, welche Ansätze wir finden, die Herausforderungen zu lösen und dabei auch neue Wege zu bestreiten.

Und vergessen wir nicht, ohne entsprechende Wirtschaftskraft sind keine übermäßigen Sozialleistungen finanzierbar. Deshalb ist das 750-€-Milliarden-Programm der EU der richtige Ansatz, die besonders betroffenen EU-Mitgliedstaaten aus der Krise zu führen. Lassen Sie uns deshalb die Forderungen ebenfalls im Europaausschuss diskutieren und auf ihre Sinnhaftigkeit und Machbarkeit abklopfen.

Ich beantrage die Überweisung beider Anträge in den Europaausschuss und mitberatend in den Sozialausschuss.

**Regina Poersch [SPD]:**

Herr Präsident! Unser im Juni eingebrachter Antrag „Solidarische Akzente setzen“ im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft soll aus Schleswig-Holstein ein Zeichen setzen: Ein Zeichen für den europäischen Zusammenhalt, gerade in Krisenzeiten. Schon vor der Coronakrise war doch klar, dass die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, kein Nationalstaat allein bewältigen kann - weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich. Für quasi sämtliche Problemstellungen wirkt die Pandemie wie ein Brennglas, wird oft gesagt. Das stimmt: Migration, Gesundheit, die europäische Säule sozialer Rechte, Jugendpolitik. Werden diese Themen vernachlässigt, rächt sich dies auch und gerade in einer Pandemie.

Zwar steht heute die Coronapandemie selbst im Blickpunkt und prägt die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die noch bis Ende dieses Monats besteht. Doch schon jetzt wird sichtbar: Die Bewältigung der akuten Probleme ist genauso wichtig wie die Lehren daraus und die Perspektiven für eine Zeit nach der Pandemie.

Genau um Letztere geht es uns bei unseren Anträgen. Viele Menschen drohen durch die Pandemie abgehängt zu werden. Ihre Jobs und berufliche Existenzen sind bedroht. Da ist die Sorge um die eigene Gesundheit. Betrieben fällt das Ausbilden zunehmend schwerer. Die Europäische Union hat erst spät gemeinsame Anstrengungen unternommen, um der akuten Krise zu begegnen. Ich erinnere mich ungerne an die geschlossenen Grenzen im Frühjahr und das Fehlen jeglicher Koordination bei der Versorgung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten. Dieser Teil der Krisenbewältigung ist besser geworden.

Aber es gibt nach wie vor viel zu tun, gerade zur Abfederung sozialer Härten. Was wir nun brauchen, ist eine Perspektive für die Zeit nach der Pandemie. Hier setzen auch unsere beiden Anträge zu dieser Tagung an.

Meine Fraktion und mich treibt die Sorge um, dass die Jugend aus der Pandemie als verlorene Generation hervorgehen könnte. Ohne Bildung, ohne Ausbildung oder Studium, ohne Lebensperspektive. Das dürfen wir nicht zulassen und fordern deshalb eine Stärkung der Jugendgarantie der Europäischen Union, die seit 2013 besteht und gerade aktualisiert wird. Junge Menschen müssen aufmerksam bleiben und kritisch gegenüber Fake News und Verschwörungstheorien. Sündenböcke sind schnell ausgemacht. Wir wollen, dass gut informierte junge Menschen zu einer sachlichen politischen Auseinandersetzung fähig sind. Neben der Beteiligung von Jugendlichen setzen wir darauf, durch mehr Medienkompetenz auch Demokratiefähigkeit zu fördern. Für den so wichtigen kulturellen Austausch, für ein friedliches Europa spielen Austauschprogramme in Schule, Ausbildung, aber auch in unserer Ostseekooperation eine Schlüsselfunktion.

Wer jetzt findet, dass ich zu schwarz male, der möge sich bitte die Anhörung des Bildungsausschusses Anfang November zu unserem Antrag „Verschwörungstheorien stoppen“ - Drucksache 19/2239 - vergegenwärtigen. Die Jugend ist Europas Zukunft. Sie sollte alle Anstrengungen wert sein.

Europas Zukunft bedeutet auch, in der Krise das soziale Europa zu stärken. Ohne Zweifel hat die Coronapandemie die sozialen Ungleichheiten in Europa verschärft. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt drückt auch die Bundesregierung in ihrem Programm zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft aus. Soziale Sicherheiten schaffen, die sozialen Folgen der Pandemie abfedern: Das hat sich die Bundesregierung auf ihre Fahnen geschrieben, und wir sollten das auch tun. Denn sozialer Frieden ist

**(Regina Poersch)**

die Grundvoraussetzung für unseren Wohlstand. Sozialer Frieden nicht nur hier bei uns, sondern auch bei unseren europäischen Nachbarn. Das ist außerdem ein Gebot der Solidarität in Europa.

In unserem Antrag finden sich „alte Bekannte“ wieder, die aber durch die Covid-19-Pandemie neue Aktualität gewonnen haben: Die Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie gehört dazu genauso wie unsere entsprechende Beratungsstelle in Schleswig-Holstein - damit prekäre Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen und bei Saisonarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern in unserem Land endlich ein Ende haben. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Gleichstellung der Geschlechter - auch die familiären Belastungen in der Krise gehören gerecht verteilt! Auch die weiteren arbeitsmarktpolitischen Forderungen in unserem Antrag sind wichtige Bestandteile eines sozial gerechten Europas in Frieden und Wohlstand, das für Schleswig-Holstein zentral ist.

Ich würde mich freuen, die heutige Debatte im Europaausschuss fortzusetzen. Ich beantrage die Überweisung beider Anträge. Denn mit dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist die Pandemie mit ihren sozialen gesellschaftlichen Herausforderungen leider noch lange nicht vorbei.

#### **Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen jungen Menschen in Europa fehlt eine Perspektive, und das nicht erst seit Corona. Das ist traurig, das ist unsozial, das ist nicht europäisch.

Im Jahre 2018 befanden sich 5,5 Millionen junge Europäerinnen und Europäer weder in Beschäftigung, noch in Ausbildung. 5,5 Millionen Menschen, die frustriert sind. Die sich abgehängt fühlen. Die auf eigenen Beinen stehen wollen und es nicht können. Denen die Perspektive fehlt. Und das sind Zahlen, die vor der Coronapandemie erhoben wurden.

Das ist nicht nur für die betroffenen Menschen ein Problem, sondern auch für die EU. Denn eigentlich können wir es uns überhaupt nicht leisten, auf den Tatendrang dieser jungen Menschen zu verzichten. Es kann doch nicht angehen, dass wir in Deutschland vor den Problemen Fachkräftemangel und Pflegenotstand stehen und gleichzeitig so viele junge Menschen in anderen EU-Staaten keine Arbeit finden. Das ist doch paradox.

Arbeitsmarkt und Wirtschaft sind die eine Sache, aber wenn Menschen keine vernünftige Zukunftsperspektive haben, dann birgt das noch ganz andere

Gefahren: Menschen, die sich vergessen und abgehängt fühlen, sind nämlich häufig auch anfällig für Demokratieverdrossenheit und Populismus - Populismus, der sich unter anderem gegen den europäischen Zusammenhalt richtet.

Die meisten von uns sind sich hier einig: Die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit kann nicht allein auf nationaler Ebene gelingen. Dafür brauchen wir den Europäischen Zusammenhalt, und zwar auf lange Sicht.

Dass dieser Zusammenhalt in Gefahr ist, wurde uns diese Woche wiederholt vor Augen geführt, als Polen und Ungarn eine EU-Haushaltskrise auslösten, weil sie ein Problem mit der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit haben. Das ist wirklich unfassbar.

Deshalb danke ich der SPD für ihre beiden Europaanträge. Zugegebenermaßen: viele Ihrer Forderungen sind nicht neu. Insofern ist auch die Debatte, die wir hier heute führen, nicht wirklich neu. Aber im Großen und Ganzen wünschen wir uns dasselbe für unsere EU und die Zukunftschancen der jungen Generation. Deshalb freue ich mich auch sehr darüber, dass wir vieles von dem, was Sie insbesondere in Ihrem Antrag zur Jugendpolitik fordern, bereits tun.

Ich kann in der Kürze der Zeit nicht auf alle Punkte eingehen, will aber gerne zwei Beispiele nennen.

Erstens. Sie fordern in Ihrem Antrag eine stärkere finanzielle Unterstützung der Europaschulen in Schleswig-Holstein. Die 47 Europaschulen haben in den letzten 24 Jahren wirklich eine tolle Arbeit geleistet, um den Schülerinnen und Schülern die europäische Idee zu vermitteln. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Unterstützung, auch finanziell. Aber glücklicherweise tun wir das bereits.

Um regionale Netzwerktreffen zu fördern und die Aktivitäten an den Schulen zu stärken, hat unser Bildungsministerium in diesem Jahr die Mittel für die Europaschulen von 15.000 € auf 25.000 € erhöht. Außerdem ist im Haushaltsentwurf für 2021 eine Aufstockung der Mittel von 20.000 € auf 40.000 € vorgesehen. Das ist fast eine Verdoppelung der Mittel für die Europaschulen.

Zweitens. Sie fordern den dauerhaften Ausbau der Jugendbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Gute Idee, liebe SPD. Denn Kinder und Jugendliche haben das Recht auf direkte Beteiligung und Mitbestimmung. Das ist im Übrigen auch ein wichtiger Baustein für Demokratieverständnis und gegen Politikverdrossenheit. Aber auch hier, liebe SPD, sind wir in Schleswig-Holstein bereits

**(Eka von Kalben)**

gut dabei. Sehr gut sogar. Wir haben im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung nämlich Vorreiterfunktion.

Bei uns gibt es, bezogen auf die Einwohnerzahl, bundesweit die meisten Kinder- und Jugendvertretungen. Zudem erhält der Landesjugendring vom Land bereits eine institutionelle Förderung. Dieser unterstützt unter anderem die Vernetzung junger Menschen im Ostseeraum.

Das waren nur zwei Beispiele dafür, dass wir europäische Jugendpolitik sehr ernst nehmen. Die Anträge der SPD sind zwar - wie man so schön sagt - alter Wein in neuen Schläuchen, aber sie zeigen auch, dass es weiterhin nötig ist, über unser Europa zu streiten. Nur ein sozial stabiles Europa kann ein geeintes Europa sein. Und nur ein geeintes, friedliches Europa ist auch ein wirtschaftlich starkes Europa. Ein soziales Europa ist also kein Widerspruch zur Wirtschaftspolitik. Es ist die Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.

Dass da noch einiges zu tun ist, erleben wir ja insbesondere an unserer Grenze nach Dänemark und beim grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Daher freue ich mich über den erneuten Vorstoß und die Diskussionen dazu im Europaausschuss, dem ich ja seit Kurzem angehören darf. - Vielen Dank.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Herr Präsident! Die SPD hat hier nun also zwei Anträge vorgelegt, die sich auf die Jugend- und Sozialpolitik in der EU beziehen. Inhaltlich decken sie eine weite Bandbreite ab. Was natürlich gut ist. Ich werde jedoch an dieser Stelle nicht auf alle Punkte eingehen können. Kommen wir erst einmal zum Antrag bezüglich der Jugendpolitik.

Ich finde es richtig, die Jugendpolitik immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen und anzugehen. Gerade in Zeiten der Pandemie fühlen sich viele Jugendliche und junge Erwachsene hintenangestellt. In der Öffentlichkeit scheint es vorrangig nur um Risikogruppen oder ältere Menschen zu gehen. Wie wir am Mittwoch von Dr. van Heek gehört haben, werden die jungen Menschen vor allem in den nächsten Jahren die Folgekosten der Pandemie zahlen.

Auch wenn es im Antrag nicht so sehr um Covid-19 gehen soll, so kann man das Virus aus heutiger Sicht schlichtweg nicht ausklammern. Das merken wir ja ganz deutlich in unserer parlamentarischen Arbeit.

Um nun auf die parlamentarische Arbeit zu sprechen zu kommen: Die SPD möchte die aktuelle Ratspräsidentschaft für die Umsetzung der EU-Jungenstrategie zu nutzen. Das ist ganz klar der richtige Ansatz. Hier sei nur mal angemerkt, dass nur noch sechs Wochen bleiben, bis der Ratspräsidentschaftsvorsitz der Bundesrepublik endet. Aus der politischen Realität habe ich zu mindestens mitgenommen, dass sechs Wochen wirklich sehr wenig Zeit sind, um auch nur über politische Vorhaben zu diskutieren. Aber vielleicht ist der Antrag auch so zu verstehen, dass es eben vielmehr um die Zeit nach Ablauf des Vorsitzes der EU-Ratspräsidentschaft gehen soll. Denn proaktive Politik für junge Menschen endet natürlich nicht am 31. Dezember 2020.

Im vorliegenden Antrag sind inhaltlich sicherlich viele Punkte dabei, die für unsere Jugend in Europa unterstützenswert sind und die wir als SSW mittragen können, etwa eine verbesserte Förderung der Auszubildenden in der EU. Da gibt es noch einen großen Mangel an Zusammenarbeit, wenn man die akademischen und nichtakademischen Ausbildungen vergleicht. Auch die Mobilität von Jugendlichen soll gefördert werden. Auch das ist entscheidend, um seine Nachbarn tatsächlich einmal kennenlernen zu können.

Im Antrag wird vor allem die Ostseeregion erwähnt. Das ist gut, denn dort hat Schleswig-Holstein in den letzten Jahrzehnten eine vitale Zusammenarbeit aufgebaut. Vielleicht könnte man hier auch noch die Nordsee einbringen, denn auch hier wohnen Jugendliche und junge Erwachsene. Auch hier haben wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner europäische Nachbarn. Dies wäre ein Ansatz, der zu mindestens mitbedacht werden könnte.

Zum Schluss möchte ich noch einige Worte zum Antrag in Bezug auf die Sozialpolitik in der EU anbringen. Auch hier sind wieder viele politische Stellschrauben genannt, und grundsätzlich können wir als SSW viele Ansinnen nur befürworten. Dabei sei etwa die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder mehr Unterstützung für Pendler an der deutsch-dänischen Grenze, insbesondere durch die unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen.

Ja, hier brauchen wir eindeutig pragmatischere Lösungen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das können wir als Landespolitik doch selbst regeln. Ich bin sogar der Meinung, das können wir als Landespolitik eigenständig viel besser und nachhaltiger regeln. Von daher denke ich, dass der Antrag gut dazu

**(Jette Waldinger-Thiering)**

dient, die eine oder andere Sache ganz konkret hier als Landesparlament aufzugreifen und zu diskutieren. Es ist für uns als SSW immer ein Abwägen, wo wir welche Inhalte an staatlicher oder überstaatlicher Ebene verknüpfen wollen. Ich denke, diesen Gedanken kennt die SPD ebenfalls. Nach meinem Dafürhalten sollten wir in dieser Hinsicht nicht davor zurückscheuen, uns auf an einen oder anderen Stelle stärker auf unsere Landeskompentzen zu besinnen.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD versteht sich als soziale Volkspartei, aber wenn von einer „europäischen Sozialunion“ die Rede ist, bedeutet das in Wahrheit eine gigantische Umverteilung von Geldern zulasten Deutschlands und der anderen Nettozahler.

Bereits der Beitritt der Südländer Griechenland, Spanien und Portugal, aber vor allem die Osterweiterung veränderten die Voraussetzungen für eine Angleichung der Lebensverhältnisse fundamental.

Martin Höpner, Leiter der Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration“ am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, hält die Chance für einen europäischen Sozialstaat für „gleich null“. Ein europäischer Sozialstaat, der gleichzeitig für Bulgarien und Rumänien auf der einen und Dänemark oder Luxemburg auf der anderen Seite passe? „Das kann man sich doch nicht einmal mehr in der Theorie vorstellen“, so Höpner.

Statt alles zu vereinheitlichen, treten wir dafür ein, rechtstaatliche Strukturen, wirtschaftlichen Wohlstand und ein stabiles, leistungsgerechtes Sozialsystem in der Verantwortung souveräner Nationalstaaten zu belassen.

Wir unterstützen Strukturreformen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder zu stärken, wenden uns aber entschieden gegen eine Transfer- und Schuldenunion und zentralistische Tendenzen.

Der Mindestlohn gehört ganz klar in die Verantwortung der Mitgliedstaaten. In Deutschland orientiert man sich der Entwicklung der Tariflöhne - und das soll auch so bleiben! Weitere Kriterien, die die EU dazu aufstellen möchte, brauchen wir nicht. Die EU-Verträge gestehen der EU nur begrenzte Kompetenzen in der Sozialpolitik zu. Das Arbeitsentgelt gehört nicht dazu, wie Artikel 153 ausdrücklich festlegt. Daher sind Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht schon jetzt absehbar, wenn sich die EU anmaßt, die Mitgliedstaaten zu einem einheitli-

chen Mindestlohn zu zwingen. Dänemark und Schweden sehen dabei zu Recht einen Eingriff in die Tarifautonomie.

Die Forderung nach einer Europäischen Arbeitslosenversicherung bedeutet, dass die Mitgliedstaaten einen Fonds finanzieren sollen, aus dem die nationalen Arbeitslosenversicherungen im Krisenfall Kredite erhalten können.

Die Probleme bei der Griechenland-Rettung und bei der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sprechen gegen dieses Projekt, denn hier würde noch ein neuer Fördertopf für solche EU-Staaten geschaffen werden, die selbstverschuldet in Not geraten sind. Ernste Zahlungsschwierigkeiten einer nationalen Arbeitslosenversicherung können aber nur entstehen, wenn Beiträge oder Zuschüsse nicht erhöht werden sollen, Leistungskürzungen nicht gewollt werden und der Staat insgesamt nicht mehr kreditwürdig ist. Eine Unterstützung der nationalen Arbeitslosenversicherung wäre willkürlich, würden den jeweiligen Mitgliedstaaten Korrekturen eigener politischer Fehler ersparen und zu einer Verlagerung von Lasten auf die Gemeinschaft führen. Einmal mehr - das scheint das Prinzip der EU zu sein.

Auch die Finanzierung des Fonds ist nicht gesichert. Was passiert, wenn große EU-Staaten als unterstützungswürdig angesehen werden? Große Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien weisen schon seit mehreren Jahren zweistellige Arbeitslosenquoten auf.

Vor diesem Hintergrund kann ein Hilfsfonds für nationale Arbeitslosenversicherungen nur zu einer neuen Belastungsprobe für den Zusammenhalt in der EU führen und ist daher ebenfalls abzulehnen.

**Nord-Ostsee-Kanal als Schleswig-Holsteins maritime Lebensader stärken**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2548 (neu) - 2. Fassung

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal möchte ich mich hier für das Wort zu diesem elementaren maritimen Thema bedanken. Der Nord-Ostsee-Kanal ist nicht nur die meistbefahrene Wasserstraße der Welt, sondern auch für Schleswig-Holstein identitätsstiftend. Mit seinen 98 km Wasserstraße und Tausenden von passierenden

**(Hartmut Hamerich)**

Schiffen ist er die wirtschaftlichste und seemännisch sinnvollste Verbindung zwischen Nord- und Ostsee.

Wem dieses Wetter hier schon zu kühl, rau und windig ist, dem empfehle ich eine Reise durch das Skagerrak. Mit einem beladenen Schiff den weiten und gefährlichen Weg um Skagen abzuwählen, ist viele Male nicht nur eine ökonomische Entscheidung.

Neben diesem wirtschaftlichen Aspekt bringt ein jeder den Kiel Canal, wie er international genannt wird, mit Schleswig-Holstein in Verbindung. Wir sind also ein Punkt auf der globalen Karte der Seefahrt - oder eben ein langer Strich, wenn man den Kanal so betrachtet.

Regional ist es Besuchern und Bürgern unseres Bundeslandes immer eine Freude und ein kleines Novum, wenn wieder ein Schiff mitten durch unser Land hindurchfährt und man am Rande des Kanals die „dicken Pötte“ betrachten kann.

Der NOK oder Kiel Canal ist regional, national und international ein Aushängeschild für unser Bundesland. Nicht zuletzt, so möge man mir diese Spitze verzeihen, ist er wohl auch eines der letzten Großbauprojekte, welches nicht beklagt oder um Jahre verzögert wurde. Die historische Beuge mit all ihren vernachlässigten Fakten sei mir hier doch verzeihen.

Seit mehr als 125 Jahren ist der Kanal ein internationaler Begriff und hat seine ur-eigens gedachte Funktion als Verbindung der kaiserlichen Flotte quasi nie erfüllt. Doch hat er schnell eine ganz andere als seine erdachte Funktion gefunden. Er hat gerade in Städten entlang des Kanals, sowie an seinem Ein- und Ausgang einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht.

Leider muss man sagen, dass nicht nur der Kanal selbst bereits über ein Jahrhundert alt ist. Auch die Schleusenammern und Teile ihrer Technik könnten bereits in einem Museum ihr Dasein fristen. Einerseits ein Zeugnis, mit welcher Handwerkskunst und Präzision gearbeitet wurde, andererseits jedoch auch Zeugnis, wie stiefmütterlich der Kanal in den letzten Jahrzehnten ertüchtigt wurde. Glücklicherweise werden die Sanierungen der „Herzkammern“ des NOK, die so genannten Schleusenammern der kleinen und der großen Schleuse, nun erneuert und auf einen technisch zeitgemäßen Stand gebracht.

Auch wenn sich die Schiffe in ihren Größen und Formen verändert haben und im Bereich der Antriebe heute zumeist nicht mehr unter Kohledampf und

Stützsegel die Passage angetreten wird, so hat der Kanal in Vergangenheit und Gegenwart nicht an Bedeutung verloren. So lässt sich wohl mit einem gesunden Optimismus sagen, dass trotz mehrerer Krisen der Kiel Canal ebenso wie die Schifffahrt selbst ein weiterhin wichtiger Zweig des weltweiten Handels sein werden. Umso wichtiger ist es, ihn nicht nur für die Gegenwart zu rüsten, sondern auch stark zu machen, damit er seine zukünftige Rolle weiter einnehmen kann.

Der NOK hat jedoch nicht nur für Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung, sondern ist eines der wichtigsten Elemente der Deutschen Schifffahrt, insbesondere für die Metropolregion Hamburg. Daher bitten wir die Landesregierung, gemeinsame mit der Freien und Hansestadt Hamburg für eine zukunftsfähige Identität zu sorgen.

Für eine zeitgemäße und zukunftsgerichtete Ertüchtigung braucht der Kanal sowohl bauliche Veränderungen, moderne Richtlinien und Ordnungen als auch Anpassungen von bisherigen technologischen beziehungsweise organisatorischen Neuausrichtungen.

Neben dem Neubau der Schleusenammern braucht es ein zeitnahes Torinstandsetzungsdock mit einer ausreichenden personellen Kapazität, Neuaufgabe der bekannten Kanalfahren sowie ein konkretes Vorgehen für die Instandsetzung der schadhafte Anleger.

Im Bereich der Richtlinien braucht es beispielweise neue Betrachtungen von Risikoeinschätzungen als auch eine Modernisierung der Gebührenabgaben unter Umweltfaktoren.

Für die technologische und organisatorische Erneuerung sei hier eine Anpassung der Befahrungen des NOK durch besondere Sportfahrzeuge oder eine lange überfällige Modernisierung des Inkassosystems, gerade für Sportfahrzeuge, genannt.

Sie sehen also, der Kanal ist trotz seiner Jahre immer noch ein wichtiges und stets aktuelles Thema für die maritime Wirtschaft als auch alle anderen Branchen unseres Landes. Denn durch und wegen dem NOK kommen die Warenströme aus aller Welt nach und aus Deutschland in alle Welt. Der Kanal ist nicht nur eine Lebensader für den Norden, sondern für den Exportweltmeister Deutschland insgesamt. Ich plädiere also eindringlich dafür, diesen interfraktionellen Antrag anzunehmen und einen weiteren Schritt für die Modernisierung unserer einzigartigen Wasserstraße zu gehen. - Vielen Dank.

**Kai Vogel [SPD]:**

Herr Präsident! Es ist gut, dass wir uns im Jahr des 125-jährigen Bestehens des Nord-Ostsee-Kanals hier im Landtag erneut mit dieser für unser Land wichtigsten künstlichen Wasserstraße befassen. Doch wir dürfen nie aus dem Blick verlieren, dass der Nord-Ostsee-Kanal nicht konkurrenzlos ist. Für uns in Schleswig-Holstein schon, doch der internationale Schifffahrtsverkehr betrachtet das schon differenzierter.

So, wie wir es in der vergangenen Legislaturperiode des Landtages und des Bundestages geschafft haben, genügend Gelder für den Ausbau des Kanals und der Schleusenammer einzuwerben, dürfen wir mit unseren Forderungen nicht lockerlassen. Sinkende Rohölpreise machen dem Kanal massiv zu schaffen. Diese Preise können wir hier nicht beeinflussen, doch es ist unsere Aufgabe, den fallenden Rohölpreisen einen modernen und attraktiven Kanal entgegenzusetzen.

Daher unterstützen natürlich wir die massiven Baumaßnahmen:

Der Ausbau der Oststrecke mit dem ersten Bauabschnitt läuft seit Jahresbeginn.

Die Bauarbeiten am Ersatzneubau der Levensauer Hochbrücke können Sie quasi um die Ecke von hier bestaunen.

Die Vertiefung des Kanals wird noch folgen.

Die Grundinstandsetzung des Fahrzeugtunnels in Rendsburg ist in der Finalisierung; sie war und ist aber leider absolut kein Vorzeigeprojekt für eine fristgerechte Sanierung.

In Brunsbüttel läuft der Bau der 5. Schleusenammer - auch hier ist es deutlich teurer geworden als veranschlagt, und es rächt sich, dass man bei der Suche nach einem Anbieter auf den günstigsten, aber nicht auf den geeignetsten gesetzt hat. Eigentlich hätte diese Baumaßnahme Anfang 2021 abgeschlossen sein sollen, und nun hofft man auf das Jahr 2026.

Es gibt noch ganz viele weitere Maßnahmen. Wir müssen eigentlich täglich dankbar sein, dass die Kanalbauer zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine solche Wertarbeit abgeliefert haben. Lieber Oliver Kumbartzky: Danke deinem Großvater posthum für diese großartige Leistung!

Es ist gut, dass der Bund finanzielle Hilfen für den Nord-Ostsee-Kanal und vorübergehende Beihilfen zur Sicherung des Lotsenwesens zur Verfügung gestellt hat. Hier können wir froh sein, dass wir mit

dem Kieler Bundestagsabgeordneten Mathias Stein als einem exzellenten Kenner der Wasser und Schifffahrtsverwaltung, weil er hier in Kiel-Holtenau gearbeitet hat, dass wir mit Bettina Hagedorn als Parlamentarischer Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, aber auch mit Norbert Brackmann als dem Koordinator der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft drei Personen in Berlin wissen, die absolute Fürsprecher für den Kanal sind. Euch Dreien wirklich herzlichen Dank!

Viel zu oft kommt es am Kanal und in den Schleusen zu Unfällen. Hier ist es zwingend notwendig, dass durch die zügige Umsetzung des Neubaus des Torinstandsetzungsdocks Reparaturen schneller absolviert werden können. In Zeiten wirtschaftlicher Schwäche ist es wichtig, dass die Aufträge für Neubauten der Auto- und Fußgängerfähren vorgezogen und mit innovativen Antriebssystemen versehen werden. In Zeiten, in denen ich per App mein Essen in einem Schnellimbiss ordern und bezahlen kann, muss es leistbar sein, dass man bei einer Schleusenpassage mit dem Sportboot zum Bezahlen nicht mehr aus dem Boot herauspringen muss. Nein, auch das muss digital möglich sein. Wartezeiten beim Schleusenzulauf sind ebenfalls durch digitale Assistenzsysteme auf ein Minimum zu reduzieren. Denn wer zu lange warten muss, meidet den Kanal.

Der Nord-Ostsee-Kanal ist eine der wichtigsten wirtschaftlichen Lebensadern unseres Landes. Der Sanierungsaufwand ist immens und wird uns noch über Jahre begleiten. Auch wenn die Kosten für den Ausbau und Schleusenbauten erschreckende Steigerungen angenommen haben, gab es aus diesem Parlament nie ein Signal des Zweifels an der Sinnhaftigkeit, hier viel Geld in die Hand nehmen zu müssen.

Es ist gute Tradition, dass wir uns bei den Anträgen zum Nord-Ostsee-Kanal immer zusammenfinden und ein einheitliches Signal der Geschlossenheit des Parlamentes nach außen geben. Dieses Signal ist gut und wichtig in Richtung Berlin, aber auch für die vielen Beschäftigten, für die dieser Kanal existenziell ist, und dafür danke ich Ihnen.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Jährlich werden 85 Millionen t Fracht auf dem Nord-Ostsee-Kanal verschifft, der NOK erspart 450 km Umweg und der Umwelt gut eine halbe Million Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Gleichzeitig sinkt dadurch die Gefahr von

(Dr. Andreas Tietze)

Schiffsunfällen in der Ostsee. Deshalb hat meine Fraktion den NOK auch immer unterstützt.

Das ist gut, doch nicht gut genug: Die Schifffahrt emittiert pro Tonne weniger CO<sub>2</sub> als Lkw, aber auch sie muss CO<sub>2</sub> und Schadstoffe reduzieren. Die Technik dazu gibt es längst: Wasserstoff, synthetische Treibstoffe und Hybridantriebe wie bei den Fähren am Fehmarnbelt. Jede neue Technologie braucht aber eine Starthilfe. Gebühren mit Preissignalen könnten hier helfen.

Trotz seiner Bedeutung ist der Kanal für große Schiffe praktisch nur einspurig. Umso wichtiger und erfreulicher ist der vom Bund geplante Ausbau. Gerade die halbe Milliarde Euro für die Oststrecke sorgt nicht nur für mehr Platz, sondern auch für mehr Sicherheit. Die meisten Strandungen in der Böschung erfolgen in diesem Engpass. Meist passiert nichts Schlimmes, aber der Kanal ist stundenlang gesperrt, weil man erst auf einen Schlepper warten muss.

Doch nicht nur Breite zählt. Die Knotenpunkte, also die Schleusen, sind die Achillesferse: In Kiel kommen Tourismusboote derzeit nur je einmal am Vor- und am Nachmittag durch. Vor der Sanierung der großen Kammern in Kiel müssen die beiden kleinen für 315 Millionen € ersetzt werden. Brunsbüttel baut für 1,2 Milliarden € eine neue große Schleusenkammer, bevor man sich überhaupt an die beiden existierenden machen kann.

Die Gesamtkosten des Kanalausbaus haben sich von 2014 bis heute von 1,5 Milliarden € auf 2,6 Milliarden € aufsummiert.

Zugenommen haben gefühlt auch die Schiffsunfälle. Erst letzte Woche Montag kollidierte ein Containerschiff in der Großen Südschleuse in Brunsbüttel. Es entstand ein erheblicher Schaden. Ein Viertel der Havarien passiert in den Schleusen. Zum Glück sind 90 % davon Bagatellen, aber einige Male im Jahr sind die Tore betroffen. Brunsbüttel hatte 2015 ein halbes Jahr Stau, weil in zwei Monaten beide Nordtore kaputtgingen und es nur ein Reservetor gibt.

Es scheint gerade der Wurm drin zu sein. Wir brauchen mehr Resilienz im System: Ersatzteile müssen schnell verfügbar sein, Reparaturen müssen ohne Verzögerungen erfolgen. Unabhängig vom Bauzustand können aber auch schon die Soft Skills verbessert werden: Eine bessere Koordination vor den Schleusen erhöht die Kapazität und reduziert das Warten, Internetbuchungen statt der Fahrkartenautomaten oder dem Barverkauf beim Schleusenper-

sonal, mehr Marketing für den Kanal im Tourismus und der Wirtschaft.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei allen Baustellen mit dem NOK stelle ich fest: Es gibt zwar Havarien, aber bei über 30.000 Schiffen im Jahr ist der Kanal ein sehr sicherer Verkehrsweg. Die Bedeutung für die Umwelt, die Wirtschaft und den Tourismus ist sehr hoch. Sein Ausbau ist das wichtigste Verkehrsprojekt in Schleswig-Holstein. Wer Infrastruktur nicht vorausschauend wartet, bekommt am Ende die dicke Rechnung. Lassen Sie uns gemeinsam für weitere Verbesserung kämpfen und für unseren Kanal werben.

Darauf zielt unser gemeinsamer Antrag. Es zeigt sich einmal wieder beim NOK, da beißt die Maus keinen Faden ab: Wir stehen in diesem Haus zusammen. Auch in der Coronakrise hat der Bund seine Unterstützung für den NOK durch die Aussetzung der Befahrensabgaben für das gesamte Jahr 2021 in Höhe von 21 Millionen € verzichtet, um die Attraktivität des NOK nachhaltig zu steigern. Dafür möchten wir uns, bei aller Klage, die wir hier manchmal gegenüber dem Bund äußern, auch einmal bedanken. Gerade die existenzbedrohlichen Einnahmeverluste für unsere Lotsinnen und Losten, Kanalsteuerinnen und Kanalsteuerer und Schiffsmaklerinnen und Schiffsmakler und für die Hafestandorte Kiel und Brunsbüttel konnten so abgemildert werden. Der NOK sichert über 3.000 Arbeitsplätze und schafft eine hohe Bruttowertschöpfung für unser Bundesland.

Das ist uns allen hier bewusst, und daher ist es gut, dass wir zusammenstehen und unseren NOK zukunftssicher machen. Unseren 125. Geburtstag in diesem Jahr konnten wir aufgrund der Pandemie nicht angemessen feiern - hoffen wir einmal, dass wir das im nächsten Jahr nachholen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Der Nord-Ostsee-Kanal feiert in diesem Jahr sein 125. Jubiläum. Von der Idee seinerzeit bis zum Bau waren viel Überzeugungsarbeit und aufwendige Planungen nötig. In den Jahrzehnten nach der Fertigstellung hat sich der Kanal als überwältigender Erfolg erwiesen. Mit rund 30.000 Schiffspassagen pro Jahr ist er die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt. Und der Kanal galt und gilt als ein Wunderwerk der Technik und als ein wahres Monument.

Der Kanalbau lockte damals zahlreiche Menschen nach Schleswig-Holstein. So auch meinen Urur-

(**Oliver Kumbartzky**)

großvater Friedrich Wilhelm Kumbartzky aus dem Memelgebiet. Der Kanal bot und bietet Arbeit und Wohlstand. Der NOK ist mehr als eine Wasserstraße. Er ist auch ein Kulturraum und ein Symbol für Heimat - insbesondere für die Familien, die durch den Kanal hier im Land zwischen den Meeren ihre - neue - Heimat gefunden haben.

Kurz zur Historie. Es wurde mit einer Bauzeit von acht Jahren und Kosten in Höhe von 156 Millionen Mark geplant. Ergebnis: acht Jahre Bauzeit und Ausgaben von exakt 156 Millionen Mark. Bemerkenswert. Und heute fast unvorstellbar.

Auch folgende Begebenheit ist interessant zu erwähnen. Sie stammt nicht aus dem Familienarchiv der Kumbartzkys, sondern ist unter anderem nachzulesen in der Kanalbiografie von Duppel/Krieger: Am großen Eröffnungstag am 20. Juni 1895 fuhr der Kaiser auf seiner Jacht „Hohenzollern“ voran von Brunsbüttel nach Kiel. Ausgerechnet ein Dampfer vom Norddeutschen Lloyd namens „Kaiser Wilhelm II“ fuhr gleich bei der Eröffnungsfahrt zwischen Landwehr und Levensau in die Böschung und sorgte für den nachfolgenden Konvoi für eine Verzögerung von dreieinhalb Stunden. Schon bei dieser Nachricht sollte so mancher Zeitgenosse den Verdacht gehegt haben, dass der Kanal eigentlich zu klein war. Doch an diesem Tage im Juni 1895 wollte das tunlichst niemand erwähnen.

Nichtsdestotrotz war es so. Und so wurde im Laufe der Zeit immer wieder in den Kanal investiert - beispielsweise in Verbreiterungen, Vertiefungen, neue Schleusen oder neue Querungen.

Schaut man auf die 2009 endlich - nach großem Druck aus der Region Richtung Berlin - beschlossenen Bau der 5. Schleusenkammer und den Zeit- und Kostenplan, ist das sehr ernüchternd. Die Schleuse sollte eigentlich in diesem Jahr fertig sein. Nun redet man von frühestens 2026 und Kosten bis zu 1,2 Milliarden € statt ursprünglich geplanter 273 Millionen €

Ganz aktuell kommt eine weitere große Sorge hinzu. Zahlreiche Fähranleger sind marode und können nun keine großen Lkw mehr passieren lassen. Es gilt nun eine Gewichtsbeschränkung von 30 t. Das wurde lapidar mit einem Zweizeiler vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt mitgeteilt. Es muss jetzt dringend auf den Bund eingewirkt werden. Solche Zustände an den Fähranlegern sind im wahrsten Sinne des Wortes nicht tragbar. Wir erwarten hier einen konkreten Zeitplan zur Sanierung und haben das auch in unseren Antrag aufgenommen.

Damit komme ich zum vorliegenden Antrag. Ich freue mich, dass wir diesen heute fraktionübergreifend beschließen. Das ist ein starkes Signal aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an den Bund. Wir stehen voll und ganz zum Nord-Ostsee-Kanal.

Wir bitten die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Stärkung des Kanals einzusetzen. Es muss endlich losgehen mit dem Bau des Torinstandsetzungsdocks zur Sicherstellung schneller Reparaturen der Schleusentore. Und es braucht eines Notfallkonzeptes mit einer Vorhaltung von zeitkritischen Ersatzteilen. Auch die personelle Abdeckung für Reparaturen muss gewährleistet sein.

Um den Kanal attraktiv zu halten, bedarf es auch einer Verlängerung der coronabedingten Aussetzung der Befahrensabgabe. Außerdem braucht auch der Kanal eine Digitalisierungsoffensive. So muss beispielsweise das schon länger angekündigte Internet-Bezahlportal für Sportboote endlich kommen.

Die Geschichte des Kanals ist nach 125 Jahren noch lange nicht zu Ende. Er ist eine wahre Lebensader, und diese gilt es zu stärken.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Herr Präsident! In diesem Jahr ist der Nord-Ostsee-Kanal 125 Jahre alt geworden. Die Festlichkeiten mussten coronabedingt ausfallen. Der Bau des Kanals war seinerzeit eine ingenieur- und bautechnische Hochleistung, und nach nur acht Jahren Bauzeit war er fertiggestellt. Zudem ist es bemerkenswert, dass die veranschlagten Baukosten mit 156 Millionen Mark seinerzeit eingehalten wurden. Schnell wurde aber deutlich, dass der Kanal für die Größe der Schiffe nicht mehr ausreichte. Darum wurde er zu Beginn des 20. Jahrhunderts das erste Mal ausgebaut - die Bauzeit betrug rund sieben Jahre.

Für uns in Schleswig-Holstein gehört der Kanal dazu - wie die beiden Meere, die er miteinander verbindet. Wir wissen, dass er die meistbefahrenste künstliche Wasserstraße der Welt ist. Uns in Schleswig-Holstein ist sehr wohl bewusst, welche Bedeutung er insbesondere für die maritime Wirtschaft hat.

Aber die Entwicklung in der Schifffahrt sowie das Alter des Kanals machen es notwendig, dass der Kanal weiter ausgebaut und saniert werden muss. Gleiches gilt für die Schleusen und die Levensauer Hochbrücke. Der Katalog der dringend notwendigen Maßnahmen ist seit Langem bekannt. Anders gesagt, der NOK wurde lange Zeit vernachlässigt.

**(Jette Waldinger-Thiering)**

Es haben sich bereits mehrere Bundes- und Landesverkehrsminister am Kanal abgearbeitet. Das ist keine Kritik an den entsprechenden Landesministern, vielmehr mussten wir hier in Schleswig-Holstein immer wieder feststellen, dass der Kanal in der bundespolitischen Agenda nicht weit oben angesiedelt ist. Zu oft wurden wir bereits von Berlin hingehalten und mit Zusagen abgespeist. Den Hinweis auf bayerische Bundesverkehrsminister verneige ich mir an dieser Stelle.

Aber die Beharrlichkeit unserer zuständigen Minister und das stete parlamentarische Bekenntnis des Landtages zu unserem Kanal samt unseren Forderungen, tragen nun Früchte. Und das ist gut so.

Damit darf nicht Schluss sein, und so sehe ich den vorliegenden Antrag. Wir müssen gemeinsam am Ball bleiben und ihn für die Zukunft modernisieren und weiter für ihn werben.

Wir erleben es immer wieder, dass es zu Unfällen an den Schleusen kommt. Die Schäden sind immens und die Ausfallzeiten lang. Hier müssen wir in Zukunft besser vorbereitet sein, damit die Reparaturen schneller abgeschlossen werden können. Das heißt, Ersatzteile müssen vorrätig sein, und vor allem brauchen wir das entsprechende Personal. Hier muss endlich etwas passieren, denn die Mitarbeiter des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes arbeiten seit Langem an ihrer Leistungsgrenze. Dort wurde eine Entwicklung verschlafen, die endlich korrigiert werden muss.

Im Hinblick auf den Neubau der Rader Hochbrücke sollten wir die zur Verfügung stehende Zeit nutzen und die entsprechenden Alternativen - sprich: Auto- und Fußgängerfähren sowie ihre Anlegestellen - ertüchtigen beziehungsweise erneuern. Dann macht es natürlich Sinn, wenn wir dabei auch gleich auf innovative Antriebsformen setzen. Wir müssen den Menschen, die tagtäglich den Kanal überqueren, Alternativen anbieten, wenn es zu Engpässen an der A 7 kommt. Deshalb müssen wir das jetzt mitdenken.

Der Kanal ist ein echter Klimaretter. Wenn wir ihn nicht hätten, müssten die Schiffe einen Umweg von rund 460 km über den Skagerak machen. Die weitaus kürzere Passage durchs Land sorgt also für eine geringere Belastung für die Umwelt und für das Klima. Also ist es aus Sicht des SSW richtig, den Klimagedanken fortzuführen und die Schiffe, die bereits umweltfreundlichere Antriebe haben, finanziell zu belohnen, indem sie bei den Durchfahrtgebühren entlastet werden.

Nach 125 Jahren ist auch der Kanal in der digitalen Welt angekommen, und entsprechend müssen wir dort die möglichen Techniken einsetzen, wo es machbar ist. Soll heißen, wir müssen das angekündigte Internet-Bezahlportal für das NOK-Inkassosystem auf den Weg bringen oder Leit- und Assistenzsysteme als Unterstützerfunktion einrichten.

Die Liste unseres Antrages ist lang. Die dicken Brocken sind zwar aus dem Weg geräumt, aber wir müssen weiter in die Zukunft schauen und alles dafür tun, dass der NOK fit gehalten wird.

Ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr die Gelegenheit haben werden, das Jubiläum 125+1 in einer feierlichen Stunde nachzuholen.